



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 4/2021



V.l.n.r.: Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident des Bayerischen Landkreistags, Staatssekretärin Anne Katrin Bohle aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Prof. Dr. rer. nat. Henning Kagermann, Vorsitzender des Lenkungskreises Nationale Plattform Zukunft der Mobilität, Gastgeber der Tagung, Landrat Stefan Löwl (Dachau), Landrat Jens Marco Scherf (Miltenberg), Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag, Dr. Johannes Gnädinger, Mitglied des Bayerischen Klimarates

52. LANDRÄTETAGUNG IN DACHAU S. 5

RESOLUTION ZUM KLIMASCHUTZ S. 8

20 LANDRÄTE IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET S. 11



Editorial 3

Aktuell

52. Landrätetagung in Dachau – klimapolitische Erwartungen an die nächste Bundesregierung, die Bayerische Staatsregierung und die Europäische Kommission 5

Resolution zum Klimaschutz 8

20 Landräte in den Ruhestand verabschiedet 11

Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ des Innovationsrings mit eGovernment-Preis ausgezeichnet 18

Arbeitskreis der geschäftsleitenden Beamten beim Bayerischen Landkreistag unter neuem Vorsitz 19

Vor Ort versorgt

Landkreise Pfaffenhofen a.d.Ilm und Kelheim stellen ihre Klinik zukunftssicher auf 20

„Hausarztzschmiede“ verbessert ärztliche Versorgung im Landkreis Tirschenreuth 23

Weihnachtspost gegen die Einsamkeit im Landkreis Bamberg 24

Seniorenfürsorge im Landkreis Roth – Überzeugende Resonanz des niederschweligen Angebots 25

„Dein Haus 4.0“ in Bad Kissingen 25

Kurz mal vorbeigeschaut – Tablet-Aktion bringt ein Stückchen Heimat in die Altenheime des Landkreises Rhön-Grabfeld 27

Entwicklungsnetzwerk „LEBEN und WOHNEN auf dem Land – gemeinsam NEU gedacht“ – Lebendige und attraktive Kommunen in den Landkreisen Dillingen a.d.Donau und Günzburg 29

Aus den Landkreisen

Fürstfeldbrucker Landrat unterstützt die Gründung eines neuen Kompetenzzentrums Digitale Schule 30

Dahoam im Landkreis Kelheim: voll durchstarten mit Karrieredahoam, der regionalen Plattform für jedes Karrierelevel 31

Eine der größten Glasfaser-Ausbaumaßnahmen Deutschlands nimmt im Landkreis Cham weiter Fahrt auf 32

Landkreis und Stadt Bayreuth machen ab 2022 gemeinsame Sache bei der Gesundheitsregion^{plus} 34

Gesundheit, Bildung und Soziales: Onlineportal WasWieWo im Landkreis Erlangen-Höchstadt gestartet 35

Neues Buskonzept durch Kreisgrenzen übergreifende Kooperation 36

Der Sozialatlas – neue digitale Übersicht sozialer Dienstleistungen in der Region Bayerischer Bodensee-Oberschwaben-Allgäu 37

Personalien

Personalien 38

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

die Lage ist ernst. Frühjahr und Sommer 2022 sind die Ausblicke, die uns über die nächsten Wochen bringen. Auch in diesem Jahr war die Situation in den wärmeren Monaten für die meisten vergleichsweise entspannt. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie griffen. Sie trat in den Hintergrund. Dankbar bekamen wir eine Art „Vor-Corona-Normalität“ zurück. Beschränkungen im Alltag wurden zurückgefahren. Der Austausch mit Kollegen und Geschäftspartnern gehörte wieder dazu. Persönliche Treffen – auch in größerer Runde – waren wieder Usus.

Heute befinden wir uns in einer veränderten Gefechtslage. Das Virus mutiert. Dramatische Entwicklungen in den Krankenhäusern und bei den Inzidenzen münden in den entsprechenden Gegenmitteln. Das fängt beim Impfen an und geht bis tief in unsere täglichen und wieder lieb gewonnenen Routinen. Jene, die es können, kehren nun in die Welt der Videokonferenzen zurück. Ein vergleichsweise kleiner Einschnitt verglichen mit der Situation im Gesundheitswesen. Wer dort beschäftigt ist, hat nichts mehr zu lachen. Pflegepersonal und Ärzteschaft sind am Anschlag. Die Not ist groß. Eine flächendeckende, stabile ärztliche und pflegerische Versorgung ist existenziell. Heute und in Zukunft. Das zeigt sich jetzt einmal mehr.

Unsere Landkreise haben in der Vergangenheit große Kämpfe für den Erhalt der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum geführt. Die Lehren der Pandemie sind eindeutig. Die Grundpfeiler des Gesundheitssystems müssen endlich neu verhandelt werden. Unsere Krankenhäuser müssen von Berlin finanziell zukunftssicher ausgestattet werden. Gleichzeitig brauchen wir echte Antworten auf den Fachkräftemangel in der Pflege. Der neue Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat gesagt, mit ihm werde das Gesundheitssystem „stärker und robuster“. Wir werden ihn beim Wort nehmen. Wie passgenaue örtliche Lösungen aussehen können, können Sie schon heute beispielhaft ab Seite 20 in unserer aktuellen Ausgabe nachlesen.

Aber auch bei anderen Themen können wir keinen pandemiebedingten Pausenknopf drücken. Und uns diesen global gesehen nicht leisten. Die verheerenden Flut- und Umweltkatastrophen in diesem Jahr waren einer von vielen Warnschüssen. Das Klima wandelt sich drastisch. Auf Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene werden weitreichende Beschlüsse gefasst. Kom-



Landrat Christian Bernreiter
Deggendorf
Präsident des Bayerischen Landkreistags



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

munalpolitiker stehen für die Entscheidungen aller politischen Ebenen vor Ort Rede und Antwort. Und wir bekommen immer wieder neue Aufgaben „von oben“ dazu. Das muss dann mit den entsprechenden Mitteln und auch mit den Personalstellen übereinstimmen. Die im Rahmen unserer 52. Landrätetagung Ende Oktober in Dachau beschlossene Resolution (ab Seite 8) ging allen Verantwortlichen in Freistaat, Bund

und EU zu. Wir sind bei der Klima- und Energiewende natürlich dabei. Vor allem der ländliche Raum darf aber nicht zum Verlierer werden.

1,5 Jahre nach der Kommunalwahl konnten wir in Dachau unter strengster Einhaltung der zu der Zeit geltenden Corona-Regeln endlich unsere ausgeschiedenen Landräte verabschieden. Diese 20 verdienten Kommunalpolitiker haben entscheidend dazu beigetragen, was in den vergangenen Kommunalwahlperioden für die Landkreise erreicht wurde. Mehr dazu ab Seite 11.

Das Ringen um die besten Lösungen ist eine Daueraufgabe. Die Digitalisierung lässt beispielsweise nach wie vor viel Luft nach oben. Wir müssen uns technisch und gesetzlich so aufstellen, dass die Daten laufen. Nicht nur in den Unternehmen, sondern vor allem in unseren Verwaltungen und in den Schulen. Das wird ein großes Thema in 2022. Ebenso wie die Sozialpolitik. In den zurückliegenden Jahren hat der Bund immer wieder Sozialleistungen beschlossen, die die Kommunen finanziell stemmen sollten. Klare Zuständigkeiten sind in Zukunft das Mindeste.

Ihr

Christian Bernreiter

Nach zwei Jahren Pandemie sind viele Menschen desillusioniert. Auch wenn wir einen vergleichsweise „normalen“ Sommer erleben durften, gibt es auch die andere Seite. Familien, die sich mit veränderten Bildungsangeboten zurechtfinden müssen. Selbstständige und Künstler, an denen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie nicht spurlos vorbeigegangen sind. Man kann mit Worten gar nicht beschreiben, was Pfleger und Ärzte in den Krankenhäusern leisten. Wir sind dankbar, dass sie für unsere Gesundheit kämpfen. Auch in unseren Verwaltungen wird Immenses geleistet. An all diese Menschen denken wir jetzt ganz besonders.

Die Liste der in Angriff zu nehmenden Projekte wird nicht kürzer. 2022 klopft schon an die Tür. Wir werden auf alle Herausforderungen gemeinsam weiter Antworten finden. Für die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel wünschen wir Ihren Lieben und Ihnen vor allem, dass Sie gesund bleiben und nicht die Zuversicht verlieren!

Ihre

Andrea Degl

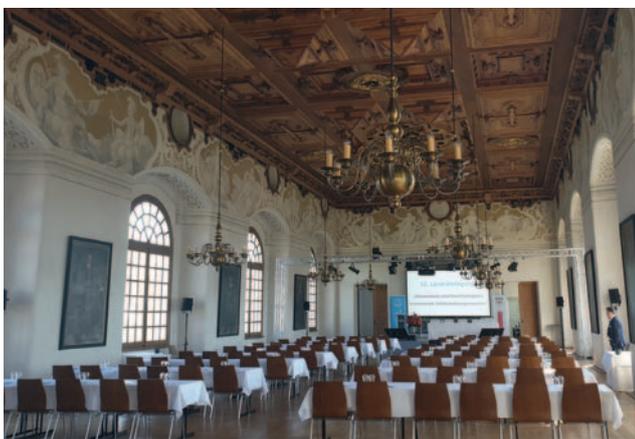
52. Landrätetagung in Dachau – klimapolitische Erwartungen an die nächste Bundesregierung, die Bayerische Staatsregierung und die Europäische Kommission

Am 27./28. Oktober fand die 52. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags in Dachau statt. Erstmals seit Beginn der Coronakrise war der persönliche Austausch wieder möglich. Der gastgebende Landrat Stefan Löwl und sein Team scheuten keine Mühen, um nicht nur die geltenden Auflagen zu erfüllen, sondern der Tagung den entsprechenden Rahmen zu geben.

Beschluss einer Resolution zum Klimaschutz

Inhaltlicher Fokus bildete die klimapolitische Strategie der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte. Diese stand schon 2020 auf der Tagesordnung, die dann aber leider Corona zum Opfer fiel. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin haben sich die Kommunalpolitikerinnen und -politiker unter Beteiligung führender Experten im Klimabereich in Dachau gemeinsam positioniert. In den Landkreisen selbst laufen bereits seit vielen Jahren verschiedene Projekte, um das Klima zu retten.

Ergebnis war vor allem die Verabschiedung einer Resolution zum Klimaschutz. Darin sind zahlreiche Erwartungen an die nächste Bundesregierung enthalten, aber mit Blick auf die Vielschichtigkeit eines überzeugenden Klimaschutzes auch an die Bayerische Staatsregierung und vor allem die Europäische Kommission.



Schloss Dachau – Festsaal

Kommunale Mittel für kommunale Aufgaben

Auch wenn aus den Koalitionsverhandlungen im Bund noch wenig Konkretes bekannt ist, gehen Bayerns Landrätinnen und Landräte davon aus, dass ihnen der Bund eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Klimawende zugedacht wird. Gleiches gilt für die angekündigten Gesetzesvorhaben und Maßnahmen in München sowie in Brüssel. Fraglich ist, wie die Kommunen einer Schlüsselrolle in den Plänen der übergeordneten Ebenen gerecht werden sollen. Die Landkreise besitzen nur für ureigene kommunale Aufgaben – im so genannten eigenen Wirkungskreis – wie u.a. beim Öffentlichen Personennahverkehr, den Gebäuden und bei der eigenen Fahrzeugflotte Zuständigkeit. Nehmen die Landkreise Aufgaben des Staates wahr, benötigen sie dafür die entsprechenden finanziellen und personellen Kapazitäten von Freistaat und Bund für ihre Arbeit vor Ort. Kommunale Mittel sind schließlich für kommunale Aufgaben bestimmt.

Ländlicher Raum nicht Verlierer der Klima- und Energiewende

„Natürlich machen die bayerischen Landkreise beim Schutz des Klimas mit. Dabei gibt es bereits heute Parameter für uns, die unantastbar und Grundvoraussetzung für den Erfolg der Klima- und Energiewende auf allen Ebenen sind. Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Ob die Klimaziele umgesetzt werden können, entscheidet sich bei ihnen. Wir müssen schauen, dass wir die Gesellschaft nicht spalten und nicht unsere eigene Wirtschaft demontieren. Die Kommunen müssen in die Entscheidungsprozesse von EU, Bund und Freistaat einbezogen werden. Ballungsgebiete und ländlicher Raum dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Insbesondere darf auch der ländliche Raum nicht Verlierer der Klima- und Energiewende werden“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags in seiner Rede zum Auftakt der Tagung.



Gastgeber Landrat Stefan Löwl begrüßt die Gäste der Landrätetagung.



Landkreistagspräsident Bernreiter übergibt die Resolution an den Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Barth.

Erfolgreicher Klimaschutz mit den Kommunen

Der Bayerische Landkreistag wirbt für maßgeschneiderte Lösungen im ländlichen Raum und in den Ballungsgebieten. Er setzt auf innovative und technische Ansätze und Anreize statt auf Verbot- und Bestrafungspolitik. In den zurückliegenden Jahren haben die Kommunen unter vielen politischen Beschlüssen des Bundes gelitten. Dieser hat entschieden, ohne sie ein-

zubeziehen, obwohl sie für die Umsetzung vor Ort zuständig waren. Gerade beim Klimaschutz fordern die Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise deswegen Mitspracherechte, klar abgrenzbare Zuständigkeiten zwischen Staat und Kommunen und die für die Umsetzung der Klimawende notwendigen finanziellen und personellen Mittel aus Berlin, München und Brüssel.



Diskussionsrunde (v.l.n.r.): Landrat Jens Marco Scherf (Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag), Dr. rer. nat. Johannes Gnädinger (Mitglied des Bayerischen Klimarates, Geschäftsführender Gesellschafter Prof. Schaller UmweltConsult), Prof. Dr. rer. nat. Henning Kagermann (Vorsitzender des Lenkungskreises Nationale Plattform Zukunft der Mobilität, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften), Prof. Dr.-Ing. Michael Sterner (Mitglied des Welkklimarates (IPCC), OTH Regensburg – Leiter der Forschungsstelle für Energienetze und Energiespeicher (FENES))

Die zentralen Erwartungen des Bayerischen Landkreistags an EU, Bund und Freistaat

- Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Unsere heimische Wirtschaft ist der Grund für unsere niedrigen Arbeitslosenquoten. Sie sichert die Lebensgrundlage der Menschen. Es darf nicht heißen Klimaschutz oder wirtschaftliche Entwicklung. Beides muss mit maßgeschneiderten Lösungen Hand in Hand gehen.
- Jede und jeder ist beim Klimaschutz gefordert. Die Menschen dürfen nicht überfordert werden. Die Maßnahmen zum Klimaschutz müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse in den Städten und im ländlichen Raum berücksichtigen. Das Land darf nicht gegenüber den Städten benachteiligt werden. Klimaschutz, soziales Gefüge, die Sicherung von Wohlstand und industrielle Wertschöpfung sind ein Paket.

verkehr im ländlichen Raum muss attraktiver werden. Wir brauchen bessere Verbindungen auf der Straße und auf den Schienen. Der ÖPNV auf dem Land wird aber niemals das können, was in den Städten gefahren wird. Wir brauchen deswegen nach wie vor den Individualverkehr.

- Die bayerischen Landkreise sind mit individuellen Maßnahmen vor Ort bereits seit vielen Jahren klimapolitisch engagiert. Sie begrüßen deswegen die Entwicklungen in Brüssel, Berlin und München. Die Landkreise sind bereit, diese zu unterstützen. Dafür können sie kein für Landkreisaufgaben vorgesehenes Geld verwenden. Zudem brauchen sie ausreichendes Personal. Klimaschutz ist eine dauerhafte Aufgabe. Das muss sich in den finanziellen und personellen Mitteln widerspiegeln. Größtmögliche Flexibilität ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung. Zuständigkeiten in den Kommunen, im Freistaat und im Bund müssen klar geregelt sein.



Prof. Dr. rer. nat. Henning Kagermann

- Wir brauchen verschiedene Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes. CO₂-Bepreisung und Ausgleichszahlungen benötigen Augenmaß.
- Der Verkehrssektor bietet verschiedene Lösungen: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern und klimafreundliche Antriebstechniken. Der öffentliche Nah-

Die diesjährigen Flut- und Unwetterkatastrophen haben die Auswirkungen des Klimawandels in einem noch nicht dagewesenen Maße auch in Deutschland spürbar gemacht. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass man an der „Schwelle epochaler Veränderungen steht: Nicht nur irgendwo in der Welt, sondern ganz konkret in Deutschland und auch in Bayern“. Die auf europäischer, nationaler und bayerischer Ebene vereinbarten Ziele und angedachten Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Energiewende sind infolge substantieller Natur; sie werden erhebliche Anstrengungen mit sich bringen und einen tiefgreifenden Einfluss auf das Leben der Menschen vor Ort und die lokalen und regionalen Handwerksbetriebe und Unternehmen haben. Bei der Umsetzung der Klimaziele muss darauf geachtet werden, dass die notwendigen Maßnahmen in Einklang gebracht werden mit wirtschaftlicher Entwicklung, Sicherung des Wohlstands, industrieller

Wertschöpfung, sozialem Augenmaß sowie – mit Blick auf die mehr als neun Millionen Menschen, die in Bayern im kreisangehörigen Raum leben – nicht zuletzt dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert globale Lösungsansätze. Gleichwohl sind Landrätinnen und Landräte zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort. Die Landkreise werden weiterhin ihren Anteil zur Erreichung der Klimaziele und Energiewende leisten, indem sie beim Klimaschutz und bei der Nutzung von erneuerbaren Energien weiter aktiv vorangehen. In Anerkennung ihrer Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen sowie zur Positionierung mit Blick auf kommende Gesetzgebungsmaßnahmen auf EU-, Bundes- und Landesebene verabschiedet der Bayerische Landkreistag folgende

Resolution zum Klimaschutz

Die bayerischen Landkreise

1. sind sich ihrer Verantwortung zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens und den davon abgeleiteten Zielen des europäischen Green Deals, der Bundesregierung sowie der Bayerischen Staatsregierung bewusst. Sie heben hervor, dass die Landkreise bereits heute durch vielfältige Maßnahmen einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und im eigenen Wirkungskreis sowie im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgaben auch zukünftig als verlässlicher und engagierter Partner am Gelingen der Klima- und Energiewende substantiell mitwirken.
2. unterstützen hierzu die Grundsätze von Technologieoffenheit, marktwirtschaftlichen Lösungen und der notwendigen Verzahnung unterschiedlicher Instrumente, den Ausbau eines sektorenübergreifenden Emissionshandels- und Anreizsystems sowie die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichssystems nach europäischen Vorgaben. Sie plädieren dafür, dass der vorgesehene Mechanismus dahingehend beschränkt wird, dass Ausgleichszahlungen nur so weit gehen dürfen, wie Maßnahmen des Klimaschutzes zur CO₂-Minderung konkret beitragen. Darüber hinaus muss auch im Bereich der Exporte durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommt.
3. begrüßen den Vorschlag zur Verbesserung der Informationen und von Anreizen zur Erhöhung der nationalen Renovierungsquoten und unterstützen Maßnahmen zur langfristigen Dekarbonisierung von Gebäuden ebenso wie die Einführung einheitlicher europäischer Standards, die erstmals eine europaweite Vergleichbarkeit des Gebäudebestands gewährleisten. Fortlaufende Überwachungs- und Berichtspflichten werden demgegenüber ebenso kritisch gesehen wie starre Renovierungsquoten. Zusätzliche Bürokratie trägt weder zur Erreichung der Klimaziele bei, noch schafft sie dringend benötigten Wohnraum oder verbessert die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen der Kommunen.
4. unterstreichen die Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen zur Umsetzung der Vergaberichtlinien, wonach lokale und regionale Gebietskörperschaften auch das lokale Wirtschaftswachstum und örtliche Strukturen zum Zwecke des Klimaschutzes und einer positiven Umweltbilanz durch regionale Vermarktungsströme statt langer Transportwege (z. B. „Holz von hier“) im Sinne des sogenannten Prinzips „buy local“ fördern können sollen.
5. befürworten ein überörtliches und naturraumbezogenes Klima- und Kompensationsmanagement



- als Beitrag zu einem maßvollen Flächenverbrauch in Stadt und Land sowie zu einer klimaoptimierten Bodennutzung. Bestehende Nutzungskonflikte des nach Naturschutzrecht erforderlichen Ausgleichs können insbesondere mit agrarstrukturellen Erfordernissen und einem möglichst geringen bürokratischen Aufwand so besser in Ausgleich gebracht werden.
6. erklären, dass zusätzlich zur Nutzbarmachung von Leerständen, von Entsiegelungsmaßnahmen, von gebäude- und agrarintegrierten EE-Produktionsstandorten sowie von projektintegrierter Kompensation zusätzliche Synergieeffekte zugunsten des Klimaschutzes erschlossen werden können, soweit insbesondere Flächentausch- und Flächenmanagementmaßnahmen gefördert sowie natürliche CO₂-Speicher, wie Moore, Wälder und Humusböden, strategisch einbezogen und zur Kompensation herangezogen werden.
 7. unterstützen das Ziel von schnelleren und effizienten Genehmigungsverfahren nicht durch Verfahrensverzicht oder Genehmigungsfiktion, sondern durch die Ermöglichung einer vollständig digitalen und zeitgleichen Verfahrensabwicklung mittels Etablierung einer bayernweiten Plattform für Fachstellenbeteiligung und digitale Behördenzusammenarbeit sowie durch Erhöhung der Antragsqualität mittels Überprüfung der einschlägigen berufsrechtlichen Anforderungen an Planer und Prozessbeteiligte. Handlungspotentiale bestehen zudem auf Ebene der bautechnischen Vorschriften. Inkonsistenzen und Widersprüche zwischen europäischem Bauproduktenrecht und nationalem Bauwerksrecht führen nicht nur zu Mehrkosten und Rechtsunsicherheiten für die Bauwirtschaft, sie verkomplizieren auch die bautechnische Prüfung und verlängern damit die Verfahrens- und Projektlaufzeit.
 8. erkennen an, dass sich die Einsparziele für Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor nur durch einen Umstieg auf klimaschonende Antriebstechniken unter Verwendung regenerativer Energieträger, den Ausbau des SPNV und ÖPNV sowie Strategien zur Verkehrsverlagerung und Verkehrsvermeidung erreichen lassen. Der dafür erforderliche Aufbau eines attraktiven, grenzüberschreitenden Tank- und Ladesäulennetzes sowie der Ausbau und die Elektrifizierung der Schieneninfrastruktur muss von Bund und EU im Ballungs- wie im ländlichen Raum zügig umgesetzt werden, ebenso wie die Vorhaltung einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur. Im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse darf die Entwicklung nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern ist die Versorgungssicherheit in der Fläche durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten. Die neuen Gruppenfreistellungen in der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, mit denen der Bau, die Installation oder die Modernisierung der Lade- oder Tankinfrastruktur zur Versorgung von Fahrzeugen mit Strom oder erneuerbarem Wasserstoff ohne langwierige Vorab-Notifizierung bei der EU-Kommission finanziert werden können, sind insofern zu begrüßen. Bis zum vollständigen Ausbau des ÖPNV und dem Vollzug der Antriebswende ist den finanziellen Mehrbelastungen gerade der Menschen im ländlichen Raum, die über keine vergleichbaren Alternativen zur Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse verfügen, durch eine Erhöhung der Pendlerpauschale Rechnung zu tragen.
 9. erwarten vom Freistaat zur Erschließung aller größeren Orte eine deutliche Ausweitung des SPNV-Angebots und – wo Streckenreaktivierungen an wirtschaftliche Grenzen stoßen oder bisher Bahnanschlüsse fehlen – die Einrichtung landesbedeutsamer Buslinien und flexibler, zeitgemäßer Angebote. Zudem streben die Landkreise eine deutliche Verbesserung des ÖPNV-Angebots an. Der verstärkte ergänzende Einsatz von Linienbedarfsverkehren (On-Demand-Verkehren) – insbesondere in der Fläche – und eine Erhöhung der Beförderungskapazitäten in den Ballungsräumen sind neben einer Vernetzung aller Verkehrsträger nötig, um die seitens der Verkehrsministerkonferenz geforderte Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV zu erreichen. Die Landkreise werden hierzu einen eigenen Beitrag leisten, sind jedoch auf eine massive Erhöhung insbesondere der Regionalisierungsmittel des Bundes und der ÖPNV-Zuweisungen des Freistaats angewiesen. Drittfinanzierungsmittel können ein sinnvoller Beitrag sein, um die Finanzierungslücken zu schließen und die Verkehrsbelastung zu regulieren. Der flächendeckende Ausbau des ÖPNV-Angebots muss Vorrang gegenüber der Einführung von sehr günstigen Flatrate-Tarifen haben, die bei hohem Finanzierungsaufwand für den Angebotsausbau das bestehende Defizit in der ÖPNV-Finanzierung zusätzlich vergrößern.

10. betonen die Bedeutung des Radverkehrs für das Gelingen der Mobilitätswende und für eine vernetzte Mobilität in der Erwartung, dass Land und Bund entlang von Bundes- und Staatsstraßen Radwege selbst ausbauen, die Fahrradmitnahme im Bahnverkehr erleichtern und durch eine Verstärkung der Förderung des Radverkehrs die Gemeinden, Städte und Landkreise über 2023 hinaus insbesondere finanziell unterstützen, um kreisweite bzw. kreisübergreifende Fahrradkonzepte gemeinsam fortentwickeln und ausbauen zu können.
11. betonen, dass sich die Auswirkungen des Klimawandels regional manifestieren und das Gelingen von Klima-, Energie- und Verkehrswende wesentlich von der Akzeptanz vor Ort sowie klar abgrenzbaren Zuständigkeiten von Staat und Kommunen abhängt. 70% der bayerischen Bevölkerung lebt in kreisangehörigen Räumen. Dies bedeutet, dass unvermeidbare Lasten, die insbesondere im ländlichen Raum anfallen, durch Entlastungsmaßnahmen zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Verbesserung der digitalen Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, ÖPNV-Ausbau, etc.) auszugleichen sind, Wertschöpfungspotenziale in den Landkreisen realisiert werden müssen und der ökologische Ertrag der Klimaschutzmaßnahmen vor Ort verbleiben sollte. Die Klimaziele dürfen nicht – auch nicht faktisch – bis auf die kreisliche Ebene delegiert werden, ohne konkrete Aufgaben zu definieren sowie notwendige Strukturen und Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen. Insbesondere muss klar sein, welche Rolle der Staat den Landratsämtern zukommen lässt, sprich, ob sie neben den im eigenen Wirkungsbereich bestehenden Aufgaben der Landkreise auch staatliche Aufgaben wahrnehmen sollen oder sich aus eigenem Antrieb zu Gunsten von Klimaschutz und Netzstabilität energiewirtschaftlich betätigen dürfen.
12. stellen fest, dass die Intensivierung der Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele bereits für die bestehenden Aufgaben nur durch Sicherstellung einer leistungsfähigen Personal- und Finanzausstattung der kreislichen Ebene erfolgreich umgesetzt werden kann, die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sowie des hierfür notwendigen Personals gegenwärtig aber stark projektgebunden ist und vor allem über Fördermittel des Bundes erfolgt. Wiederkehrende Antragsverfahren mit kurzer Projektlaufzeit widersprechen der Daueraufgabe Klimaschutz, dem einhergehenden Erfordernis von Planbarkeit und Rechtssicherheit und führen zu einem ineffizienten Verwaltungsaufwand der in doppelter Weise Ressourcen bindet, um sich selbst zu verwalten. Die Übertragung eventueller neuer Aufgaben sowie eine Erweiterung bestehender Aufgaben aufgrund von europa- oder bundesrechtlichen Vorschriften muss sich zudem stets am Verbot des Aufgabendurchgriffs messen lassen und auf Landesebene konnexitätskonform ausgestaltet werden.
13. mahnen an, dass der bestehende Rechtsrahmen auf EU-, Bundes- und Landesebene den Zielen des Klimaschutzes und der CO₂-Reduktion teilweise entgegensteht, indem er in wesentlichen Bereichen, wie beispielsweise in den Sektoren Bau, Verkehr und Energie, regionale Strukturen behindert oder Synergieeffekte ungenutzt lässt. Unter anderem erfordern der Erhalt der Netzstabilität als auch die Ziele der Entwicklung und Sicherstellung einer gemischt zentral-dezentralen Energie- und Wärmeversorgung eine landkreisweite Betrachtung sowie die Möglichkeit zur Teilhabe.
14. fordern dazu auf, Ziele und Maßnahmen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und den Herausforderungen von Stadt und Land zu orientieren und unter Einbeziehung und Mitsprache der Landkreise flexibel auszugestalten. Die Maßnahmen und Ziele müssen zudem in Einklang gebracht werden mit dem bestehenden sozialen Gefüge, wirtschaftlicher Entwicklung, Sicherung von Wohlstand und industrieller Wertschöpfung. Das Einsparpotential konkreter Klimamaßnahmen muss in Bezug auf die jeweiligen Stückkosten vergleichbar sein, ihre Anerkennungsfähigkeit muss rechtsverbindlich feststehen.
15. fordern Bund und Länder in Anerkennung ihrer föderalen Verantwortung dazu auf, die Finanzierung der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen und damit einhergehenden Aufgaben auf Ebene der Landratsämter durch die Schaffung unbefristeter Personalstellen sowie auf kreislicher Ebene mittels einer grundständigen Mittelzuweisung dauerhaft zu verstetigen. EU, Bund und Staatsregierung sind aufgefordert, die Landkreise hierzu unmittelbar an den aus der CO₂-Bepreisung, dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und der Energiebesteuerung entstehenden Erlösen durch Etablierung neuer Finanzströme angemessen zu beteiligen.

20 Landräte in den Ruhestand verabschiedet

Corona hat das gesellschaftliche Leben über Monate lahm gelegt. 20 Landräte sind zur Kommunalwahl 2020 nicht mehr angetreten. Ihre Verabschiedung konnte erst Ende Oktober im Rahmen der Landrätetagung in Dachau nachgeholt werden. In Nicht-Pandemie-Zeiten werden die Landrätinnen und Landräte dem Anlass entsprechend mit großem Publikum im Rahmen der Landkreisversammlung verabschiedet. Nach fast zwei Jahren waren alle Beteiligten aber vor allem erleichtert, sich gesund wiederzusehen.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, in seiner einleitenden Rede hierzu: „Nach allem was seit 2020 war, muss man sagen, zum Glück sind alle gesund und munter hier! Die letzten Monate haben deutlich gezeigt, dass Gesundheit mehr denn je das höchste Gut und keine Selbstverständlichkeit ist. Ihr alle habt den Bayerischen Landkreistag in den zurückliegenden Jahren erst zu dem gemacht, was er heute ist: eine Institution, an der niemand vorbeikommt. Tragende Säule von all dem, was wir erreicht haben, ist der parteiübergreifende Zusammenhalt für unsere Landkreise. Geschlossenheit über Parteigrenzen hinweg ist unser Erfolgsschlüssel der vergangenen Jahre. Bei unserem Verband gehen die Landrätinnen und Landräte über Fraktionsgrenzen hinweg zusammen die Probleme an. Darauf dürfen wir alle stolz sein.“

Die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht die erste Krise, welche die Landrätinnen und Landräte gemeinsam stemmen. Auch in der zurückliegenden Wahlperiode gab es viele Aufgaben, die ad hoc zu den großen Themen wie dem Krankenhausbereich oder dem Ausbau von Breitband und Mobilfunknetzen hinzukamen. „Auch als wir 2014 gemeinsam angetreten sind, ahnte niemand, welche Herausforderungen durch die vielen Menschen, für die Bayern aufgrund europäischer Grenzen Hauptzugangsländ war, auf uns zukommen würden. Wir haben das getan, was wir immer tun: anpacken, Lösungswege aufzeigen und (auch gegen Widerstand) umsetzen, die anderen politischen Ebenen vom richtigen Kurs überzeugen und dafür Sorge tragen, dass sie vor der Wirklichkeit nicht die Augen verschließen“, so Bernreiter in der Dachauer Pfarrkirche St. Jakob.

Anschließend wurden die anwesenden ehemaligen Landräte einzeln durch Präsident Bernreiter, den 2. Vizepräsidenten, Landrat Herbert Eckstein (Roth), und die 3. Vizepräsidentin, Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen), mit dem „blauen Löwen“ oder dem „goldenen Löwen“ des Bayerischen Landkreistags geehrt. Dabei wurden auch noch einmal die Stärken und Verdienste eines jedes Einzelnen deutlich.



Dr. theol. Benjamin Gnan begrüßt die Gäste in der Pfarrkirche St. Jakob in Dachau.



Ausgezeichnet mit dem goldenen Löwen wurden:

Hubert Hafner, Günzburg

Der ehemalige Günzburger Landrat Hubert Hafner war nicht nur von 1996 bis 2020 in Günzburg besonders gefordert, sondern auch seit 1996 als Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und seit 2002 als dessen Vorsitzender. Von 2014-2020 war er Vorsitzender des Bezirksverbands Schwaben und von 2008-2014 stellvertretender Vorsitzender. Seit 2010 war er Mitglied im Präsidium beim Bayerischen Landkreistag. Kaum ein anderes Thema hätte es geschafft, einen auf solide und erfolgreiche Sachpolitik orientierten Landrat wie Hubert Hafner so in Rage zu bringen wie die Haltung von Berlin zu kommunalen Krankenhäusern.

Georg Huber, Mühldorf a.Inn

Georg Huber war von 2002 bis 2020 Landrat des Landkreises Mühldorf a.Inn. Sein Einsatz beim und für den Bayerischen Landkreistag war beispielhaft – u.a. als Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt seit 2002, seit 2008 als Vorsitzender, seit 2010 als kooptiertes Präsidiumsmitglied, seit 2014 als Mitglied im Landesausschuss. Als Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ des Bayerischen Innovationsrings war er einer der digitalen Treiber. Auch auf Bundesebene und in Europa kämpfte er für die Belange der bayerischen Landkreise. So war er 11 Jahre Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Planung beim Deutschen Landkreistag und 5 Jahre Vorsitzender sowie Mitglied in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (Präsidium und Hauptausschuss) von 2014 bis 2020, davon von 2015 bis 2018 als Präsident, anschließend bis zu seinem Ausscheiden als Erster Vizepräsident.

Hermann Hübner, Bayreuth

Seit 2008 war Hermann Hübner Landrat des Landkreises Bayreuth gewesen. Von 2008-2020 war er Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag. 2014 übernahm er den Vorsitz und war somit kooptiertes Präsidiumsmitglied. Damit hat er jahrelang eines der wichtigsten Themen des Verbands verantwortet. Er hat diesem Bereich durch seine versöhnende und einende Art eine starke persönliche Note verliehen. So hat er Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik, aber auch die Kolleginnen und Kollegen Landräte auf Verbandslinie gebracht. Wer an die Substanz der bayerischen Landkreise wollte, biss bei ihm auf Granit. Hübner war weit über das Geschäftliche hinaus ein Träger des Bayerischen Landkreistags.

Anton Knapp, Eichstätt

Von 2008-2020 war Anton Knapp Landrat des Landkreises Eichstätt. Als Mitglied des Präsidiums von 2014-2020, Mitglied des Landesausschusses von 2008-2014 und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr von 2008-2020 war er für den Verband ein unverzichtbarer Mitstreiter. Schon seit 1978 war er in seiner Heimat Kreisrat und Gemeinderat und u.a. von 1996-2008 stellvertretender Landrat. Als Diplom-Ingenieur zeichnete ihn die Fähigkeit der nüchternen Analyse sowie ein breites wirtschaftliches Wissen aus. Kolleginnen und Kollegen konnte er auch bei emotional diskutierten Themen wieder auf das Wesentliche einschwören und so einstimmige Beschlüsse überhaupt erst möglich machen.



Franz Meyer, Passau

Die Liste der Funktionen und damit des unermüdlchen Engagements des ehemaligen Passauer Landrates (2008-2020) Franz Meyer ist lang. 1990 wurde er erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt. Von 2003-2007 verantwortete er als Staatssekretär im Finanzministerium eines der für die bayerischen Landkreise wichtigsten Ressorts. Von 2014-2020 war er Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern und Mitglied des Präsidiums. Auch als Mitglied im Landesausschuss von 1992-2003 als Kreisrat und von 2008-2014 war auf ihn jederzeit Verlass. Die Mitgliedschaft im Ausschuss für Finanzen und Sparkassenfragen ab 2008 und von 2008-2014 als stellvertretender Vorsitzender war für ihn prädestiniert. Auf allen politischen Ebenen wurde nicht nur der Politiker Franz Meyer geschätzt, sondern vor allem der Mensch. Sein Netzwerk in die bedeutendsten Gremien bayerischer und bundesdeutscher Politik war für den Verband segensreich.

Heinrich Trapp, Dingolfing-Landau

Nicht nur von 1991-2020 hat Heinrich Trapp als Landrat, sondern auch von 1986 bis 1991 als Abgeordneter im Bayerischen Landtag für die Menschen im Landkreis Dingolfing-Landau gekämpft. Beim Bayerischen Landkreistag war er von 2016-2020 stellvertretender Bezirksverbandsvorsitzender von Niederbayern, von 2012 bis 2020 Mitglied im Landesausschuss und seit 1991 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Dort war er durch seine eigenen Erfahrungen auch goldrichtig. Von den ehemals wirtschaftlichen Problemen Niederbayerns ist heute nichts mehr sichtbar. Die Region glänzt mit besten wirtschaftlichen

Zahlen. Dahinter stecken auch harte Arbeit und Herzblut von Heinrich Trapp. Kaum jemand weiß so gut, wie man strategisch an sein Ziel kommt.

Mit dem blauen Löwen geehrt wurden:

Georg Grabner, Berchtesgadener Land

Georg Grabner ist aus der bayerischen Politik nicht wegzudenken. Er hat sein ganzes Leben in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt. Nicht nur im Landkreis, sondern auch in München und vor allem in den Machtzentralen des Freistaates kennt ihn jeder. Kein Wunder, war er u.a. von 1990-2002 Mitglied im Bayerischen Landtag. Von 2002-2020 war Georg Grabner Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land. Trotz seiner vielen Verdienste (u.a. Bundesverdienstkreuz am Bande 2008) ist er immer einer geblieben, mit dem man auch auf dem ganz kurzen Dienstweg ein Problem lösen konnte. Das war besonders im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag sehr wertvoll. Ebenso wie seine über Jahrzehnte verdienten Netzwerke.

Josef Hauner, Freising

Von 2014-2020 war Josef Hauner Landrat des Landkreises Freising. Schon vor seiner Zeit als kommunaler Verantwortungsträger hatte er eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt. Als Lehrer hat er Kindern und Jugendlichen alles mit auf den Weg gegeben, was diese für ein gutes Leben brauchen. Jahrzehntlang hat er sich für andere eingesetzt. Von 1984-2014 war er Kreisrat des Landkreises Freising, von 1978-2008



1. Reihe v.l.n.r.: Heinrich Trapp mit Ehefrau Marianne, Rosmarie Meyer, Franz Meyer im Gespräch mit Landrätin Rita Röhrl, Regen

Stadtrat der Stadt Freising und von 1990-2008 Zweiter Bürgermeister der Stadt Freising. Sein Engagement ging aber über den kommunalen Bereich hinaus. Unermüdlich war er ehrenamtlich im Einsatz. Beim Bayerischen Landkreistag hat er sich als Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung eingesetzt.

Anton Klotz, Oberallgäu

Bevor Anton Klotz 2014 Landrat des Landkreises Oberallgäu gewählt wurde, war bereits sechs Jahre stellvertretender Landrat gewesen. Die Bürgerinnen und Bürger wussten aber nicht nur deswegen, was und wen sie bekommen. Seit 1990 hat sich Anton Klotz kommunalpolitisch engagiert und war unter anderem Erster Bürgermeister der Gemeinde Haldenwang. Beim Bayerischen Landkreistag war er Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt. Bei einem Thema, bei dem es unterschiedliche Meinungen gibt, wie es im Umweltbereich der Fall ist, war seine deutliche Sprache, seine Bodenhaftung und sein Blick für das vor Ort Umsetzbare eine Wohltat.

Wolfgang Lippert, Tirschenreuth

Bevor Wolfgang Lippert 2008 erstmals zum Landrat des Landkreises Tirschenreuth gewählt wurde, war er bereits seit 1996 kommunalpolitisch engagiert. Er hat allen Kolleginnen und Kollegen immer das Gefühl gegeben, dass alles mach- und schaffbar sei. Lippert war von 2014 bis 2020 Mitglied im Landesausschuss, ebenso wie stellvertretender Bezirksverbandsvorsitzender der Oberpfalz. Auch in den Fachausschüssen waren sein Optimismus und seine pragmatischen Ansätze ein Segen. Er war von 2008-2020 Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. In der Sache an sich war er ein harter Kämpfer, ließ dem Gegen-

spieler aber auch immer die Möglichkeit versöhnlich auseinanderzugehen.

Eberhard Nuß, Würzburg

Als Eberhard Nuß 2008 zum Landrat Landkreises Würzburg gewählt wurde, lagen bereits zwölf Jahre Einsatz als stellvertretender Landrat hinter ihm. Er wusste jederzeit, worauf es im kommunalen Bereich ankommt. Nicht nur in seinem Landkreis war er immer im Bilde darüber, welche Themen die Menschen umtreiben. Der ehemalige Würzburger Landrat hatte auch einen Blick für das verbandspolitisch Notwendige. Von 2008-2020 war er Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, von 2013 bis 2020 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Auch in der Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags wird seine besonders wertschätzende und aufmerksame Art gegenüber den Mitarbeitern, aber auch natürlich Kollegen, immer in guter Erinnerung bleiben. Was von Eberhard Nuss kam, kam von Herzen.

Karl Roth, Starnberg

Bevor Karl Roth 2008 Landrat des Landkreises Starnberg wurde, war bereits seit 1996 kommunalpolitisch in diversen Funktionen wie als Erster Bürgermeister oder Stellvertreter des Landrats engagiert. Er hat sein gesamtes Berufsleben in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt. Schon als Polizist war er nahe dran an den Sorgen und Nöten der Bürger. Beim Bayerischen Landkreistag war er als der ewige Optimist bekannt. Unabhängig davon, wie groß die Herausforderungen waren, hat er Zuversicht verbreitet. Entsprechend war jeder Mann gerne in seiner Nähe. Karl Roth war seit 2008 Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung sowie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Als geselliger Mensch hat er auch die Tagungen beim Bayerischen Landkreistag gepflegt.



Thomas Schiebel, Main-Spessart

Thomas Schiebel war von 2008-2020 Landrat des Landkreises Main-Spessart. Er hat seine Karriere bei der Regierung von Unterfranken gestartet. Mit Blick auf seine zahlreichen kommunalen Verpflichtungen kann man ihn durchaus als kommunales Urgestein bezeichnen. Seine bodenständige Art und seine pragmatischen Ansätze waren für die Gremien des Bayerischen Landkreistags ein großer Gewinn. Von 2014-2020 war er stellvertretender Bezirksverbandsvorsitzender von Unterfranken ebenso wie Mitglied im Landesausschuss. Von 2008-2020 war Thomas Schiebel Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Er war nach außen hin durch kein Thema aus der Ruhe zu bringen und dadurch gerade im Bereich des Sozialen und der Gesundheit ein Fels. Alle Kräfte auf das Wesentliche zu kanalisieren, war eine seiner großen Stärken.

Gerhard Wägemann, Weißenburg-Gunzenhausen

Gerhard Wägemann wurde 2011 zum Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen gewählt. Zuvor war er von 2003-2011 Mitglied des Bayerischen Landtags. Bereits seit 1990 hat sich Wägemann kommunalpolitisch engagiert. Seine weitreichenden Kontakte in die Politik und die verschiedensten Institutionen hat er jederzeit genutzt, um den Anliegen des Bayerischen Landkreistags Gehör zu verschaffen. Gemeinsam mit Hubert Hafner war er jahrelang ein Fels im Bereich des Sozialen und der Krankenhausversorgung. Von 2011-2020 war er Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Auch für die Mitarbeiter der

Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags war er trotz seiner enormen Verpflichtungen und seines unermüdlichen Engagements immer da und greifbar.

Martin Wolf, Pfaffenhofen a.d.Ilm

Martin Wolf war von 2011-2020 Landrat des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm. Er genießt bei seinen Kolleginnen und Kollegen den größten Respekt für alles, was er für den Landkreis erreicht hat und das trotz teilweise widriger Umstände. Wolf ist ein Kämpfer, wie er im Buche steht. Diese sind das Lebenselixier eines Kommunalen Spitzenverbandes. Der Bayerische Landkreistag ist heute so stark und bei vielen übergeordneten Ebenen auch gefürchtet, weil es Menschen wie ihn gibt. Er war ab 2014 Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und hat dort mit äußerster Vehemenz für eine flächendeckende medizinische Versorgung in allen bayerischen Landkreisen gekämpft.

Anton Seitz, Ansbach

Anton Seitz war seit 1978 Kreisrat und von 2008-2020 Mitglied im Präsidium des Bayerischen Landkreistags. Seitz ist jemand, der sein ganzes Leben in den Dienst anderer gestellt hat und dabei jederzeit weit über eigene Grenzen gegangen ist. Über Jahrzehnte hat er sich unermüdlich kommunalpolitisch engagiert. Von 1984-2008 war er ehrenamtlicher sowie hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Wolframs-Eschenbach. Auch als Beauftragter für Menschen mit Behinderung im Landkreis Ansbach war er nicht aufzuhalten. Selbstlos, mit einem besonderen Gefühl für die Bedürfnisse anderer und starkes Durchhaltevermögen



1. Reihe v.l.n.r.: Gerhard Wägemann mit seiner Ehefrau Cristine, Caroline Nuß-Herrmann mit ihrem Ehegatten Eberhard Nuß, Anton Seitz



zeichnen ihn aus. Er wurde mehrfach geehrt. Unter anderem das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse zählt dazu.

Anton Westner, Pfaffenhofen a.d.Ilm

Anton Westner war von 2008-2020 stellvertretender Landrat im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm und von 2009-2011 sowie ab 2017 interimsmäßiger Landrat. Aufgrund dieser großen Verdienste wurde er im Kreise der ausgeschiedenen Landräte verabschiedet. Er sprang ein, wenn Not am Mann war und hat alle Aufgaben mit ebenso viel Einsatz und Herzblut gemeistert. Dabei konnte er sich auch auf seine jahrzehntelange kommunalpolitische Erfahrung stützen. Westner war seit 1984 Mitglied des Kreistags. Von 1973-1980 war er Kämmerer und Geschäftsleiter der Gemeinde Reichertshofen. Von 1990-2008 war er Bürgermeister von Reichertshofen.

Bedauerlicherweise konnten nicht alle Landräte in der Kirche anwesend sein.

Einen goldenen Löwen hat sich auch **Dr. Karl Döhler, Wunsiedel i. Fichtelgebirge**, verdient. Döhler war von 2008-2020 Landrat des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge und bereits von 2002-2008 Stellvertreter des Landrats. Zahlreiche Stationen vom Umweltministerium in Baden-Württemberg über die Europäische Kommission in Brüssel bis hin zu Forschungseinrichtungen und fünf Jahre als Mitglied des Bayerischen Landtags prägen seinen Werdegang. Beim Bayerischen Landkreistag war er sozusagen der Europa-Chef. Er war der Meister des richtigen Tons und brachte große Expertise, Verständnis und auch Herz für die Europäische Union in die Verbandsgremien. Von 2014-2020 war er Vorsitzender des Bezirksverbands Oberfranken. Von 2012-2020 war er Mitglied im Präsidium. Von

2017-2020 Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung und von 2008-2014 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Den blauen Löwen haben nachträglich folgende ehemalige Landräte erhalten:

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Aschaffenburg

Professor Dr. Ulrich Reuter war von 2002-2020 Landrat des Landkreises Aschaffenburg. Reuter hat als Professor an der Hochschule allen bewiesen, dass man mehrere Hüte erfolgreich gleichzeitig tragen kann. Er war von 2008-2020 Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen. Seinem kritischen Blick entging nichts und man konnte sich jederzeit auf ihn verlassen. Er bleibt dem Bayerischen Landkreistag gerade mit Blick auf die Nach-Corona-Zeit mit all den Folgen für die Wirtschaft und der wichtigen Rolle der Sparkassen als Verbündeter an der Spitze des Sparkassenverbands erhalten.

Wolfgang Berthaler, Rosenheim

Der ehemalige Rosenheimer Landrat hat sich sein ganzes Leben lang jeder Aufgabe mit Haut und Haaren verschrieben. Das Wohlergehen anderer kam für ihn an erster Stelle. Seine Einstellung zum Dienst für die Bürger war mustergültig. Der gelernte Bankkaufmann und Sparkassenbetriebswirt war schon lange vor seiner Wahl 2014 ein Kommunaler durch und durch. 1996 wurde er zum Ersten Bürgermeister der Gemeinde Flintsbach a. Inn gewählt. Seit 2002 war er Mitglied im Rosenheimer Kreistag. Durch ein leider unvorhersehbares Unglück verbunden mit großen körperlichen und seelischen Anstrengungen hat er für sich die Entscheidung getroffen, nicht mehr als Landrat anzutreten.

Wolfgang Rzehak, Miesbach

Wolfgang Rzehak wurde 2014 als erster grüner Landrat Deutschlands in Miesbach gewählt. Er ist ein Musterbeispiel dafür, dass beim Bayerischen Landkreistag Parteipolitik eine nachrangige Rolle spielt. Mit ganzem Herzblut hatte er sich für alle Kolleginnen und Kollegen und vor allem die Menschen in den bayerischen Landkreisen eingesetzt. Gerade der Umweltbereich ist ein Thema, das scharfe Positionen hervorbringt. Als Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag hatte er immer das praktisch Mögliche im Blick behalten und die gemeinsame Linie aller unterstützt. Bereits seit 1996 war er Mitglied im Kreistag Miesbach und blickte bereits auf eine große kommunalpolitische Erfahrung zurück.

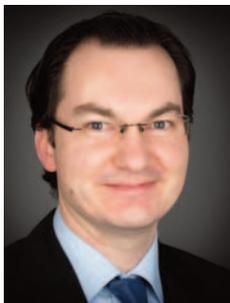
Hans-Joachim Weirather, Unterallgäu

Hans-Joachim Weirather war von 2006–2020 Landrat des Landkreises Unterallgäu. Dabei hat er sich große wirtschaftliche Verdienste um die Region und die dort lebenden Menschen erworben. Daneben lag ihm besonders der Umweltschutz am Herzen. So überrascht es nicht, dass er bereits in seiner ersten Amtszeit ein Klimaschutzkonzept angestoßen hat. Der ehemalige Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Kempten war beim Bayerischen Landkreistag Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt. Darin hatte er jederzeit seine diplomatischen Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit den verschiedensten Akteuren eingebracht.



1. Reihe v.l.n.r.: Anton Knapp (Lkr. Eichstätt), Gerhard Wagemann (Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen), Heinrich Trapp (Lkr. Dingolfing-Landau), Franz Meyer (Lkr. Passau), Martin Wolf (Lkr. Pfaffenhofen a.d. Ilm), Karl Roth (Lkr. Starnberg)
 2. Reihe v.l.n.r.: Präsident Christian Bernreiter, Wolfgang Lippert (Lkr. Tirschenreuth), Anton Klotz (Lkr. Oberallgäu), Hermann Hübner (Lkr. Bayreuth), Thomas Schiebel (Lkr. Main-Spessart), Anton Westner (Lkr. Pfaffenhofen a.d. Ilm), 3. Vizepräsidentin Tamara Bischof
 Letzte Reihe v.l.n.r.: Anton Seitz (Lkr. Ansbach), Eberhard Nuß (Lkr. Würzburg), Georg Huber (Lkr. Mühldorf a. Inn), Hubert Hafner (Lkr. Günzburg), Josef Hauner (Lkr. Freising), 2. Vizepräsident Herbert Eckstein

Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ des Innovationsrings mit eGovernment-Preis ausgezeichnet



Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Der notwendige Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsleistungen fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden! Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, unterstützt die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung mit praxisgerechten Empfehlungen und konkreten Digitalisierungsprojekten.

Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts „Digitaler Werkzeugkasten 1.0“ im Oktober 2020 haben das Bayerische Digitalministerium und der Inno-

vationsring des Bayerischen Landkreistags das Projekt ausgeweitet und im März 2021 das Folgeprojekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ gestartet. Insgesamt nehmen 24 Landkreise aus allen bayerischen Regierungsbezirken an dem Projekt teil. Die Anzahl der teilnehmenden Landkreise ist damit mehr als drei Mal so hoch wie beim ersten Projekt. Das Besondere ist das arbeitsteilige Vorgehen: Die 24 Landkreise setzen mit dem „Digitalen Werkzeugkasten“ in einem abgestimmten Vorgehen Online-Anträge für wichtige Verwaltungsleistungen um und stellen diese anschließend den übrigen Landratsämtern zur Übernahme und weiteren Nachnutzung bereit. Auf diese Weise entsteht ein starkes Austauschnetzwerk, von dem alle Landkreise profitieren.

Ausgezeichnetes Kooperationsprojekt

Dieser kooperative Ansatz hat auch die Jury beim 20. eGovernment-Wettbewerb 2021 überzeugt. Das Projekt wurde in der Kategorie „Bestes Kooperationsprojekt 2021“ ausgezeichnet und hat den zweiten Platz belegt. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Chefs des Bundeskanzleramts, Prof. Dr. Helge Braun. Der Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags, Landrat Josef Niedermaier, hat die Auszeichnung bei der Preisverleihung am 29.09.2021 entgegengenommen (Foto).



Der Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags, Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen (3. v.l.) bei der Preisverleihung des eGovernment-Wettbewerbs 2021.

Arbeitskreis der geschäftsleitenden Beamten beim Bayerischen Landkreistag unter neuem Vorsitz

Der Arbeitskreis der geschäftsleitenden Beamten beim Bayerischen Landkreistag hat bei seiner Sitzung am 04.10.2021 seinen bisherigen Vorsitzenden, Günter Bachmann, Landkreis Aschaffenburg, in den Ruhestand verabschiedet. Günter Bachmann gehörte dem Arbeitskreis als Vertreter des Bezirksverbands Unterfranken seit 15.10.2001 an, wurde am 25.07.2012 zunächst zum stellvertretenden Vorsitzenden und am 21.07.2014 zum Vorsitzenden des Arbeitskreises bestimmt. Der neue Vorsitzende des Arbeitskreises,

Rüdiger Köhler, Landkreis Kulmbach, würdigte in der Sitzung das rd. 20-jährige Engagement von Günter Bachmann im Arbeitskreis und dankte ihm für seinen außerordentlichen Einsatz.

Der Arbeitskreis der geschäftsleitenden Beamten unterstützt den Bayerischen Landkreistag seit 1988 bei der Verbandsarbeit und befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen Personal, Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitaler Verwaltung.



Verabschiedeten den langjährigen Vorsitzenden des Arbeitskreises der geschäftsleitenden Beamten, Günter Bachmann, Landkreis Aschaffenburg (Mitte), in den Ruhestand und dankten ihm für sein rd. 20-jähriges Engagement im Arbeitskreis: der neue Arbeitskreisvorsitzende Rüdiger Köhler, Landkreis Kulmbach (rechts) und Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag (links).

Landkreise Pfaffenhofen a.d.Ilm und Kelheim stellen ihre Klinik zukunftssicher auf

Ende Oktober hat der Aufsichtsrat der Ilmtalklinik GmbH ein medizinisches Zukunftskonzept für die Klinik verabschiedet. Anschließend wurde es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Standorten Mainburg und Pfaffenhofen vorgestellt. Vor dem Hintergrund hoher Investitionen der Landkreise Pfaffenhofen a.d.Ilm und Kelheim in die jeweilige bauliche Sanierung der Standorte sollen diese auch für die kommenden Jahre zukunftssicher und medizinisch bestmöglich aufgestellt sein. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Häuser brauchen endlich Klarheit, wie es an beiden Standorten weitergeht“, so der Landrat des Landkreises Kelheim, Martin Neumeyer. „Auch unsere Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, welche Spezialisierungen und Profile in ihren Krankenhäusern künftig vorherrschen sollen“, fügte der Pfaffenhofener Landrat Albert Gürtner an.

Standorte erhalten werden sollen. Ganz wesentlich sieht das Zukunftskonzept eine Kombination aus operativer Sanierung und Schwerpunktbildung in der stationären Versorgung vor. Diese Anpassungen sollen tragfähige Strukturen für die nächsten Jahre ergeben.

Wesentliche Elemente der operativen Sanierung liegen insbesondere in der Prozessoptimierung, welche auch die Basis für strukturelle Anpassungen bilden. Als Beispiele genannt werden können hier eine Optimierung der Verweildauer, eine stärkere Nutzung des ambulanten Potenzials, eine Anpassung des Anforderungsverhaltens oder Einsparungen im Sachbedarf.

Medizinstrategisch wurden standortübergreifend ebenfalls wichtige Eckpunkte festgelegt. So soll in engem Austausch mit der Kreisärzteschaft der ambulante



Ilmtalklinik Mainburg

Im Rahmen des Projektes, welches von der Firma WMC Healthcare begleitet wird, wurden verschiedene Szenarien evaluiert und gemeinsam mit der Geschäftsführung, Leistungsträgern beider Häuser und den Trägern auf ihre Eignung als Zukunftskonzept untersucht. Dabei wurde von den Mitgliedern des Aufsichtsrates bereits im Vorfeld vorgegeben, dass beide

„Fußabdruck“ der Ilmtalklinik GmbH manifestiert werden. Ebenfalls soll die Zusammenarbeit mit Zuweisenden und Rettungsdiensten intensiviert werden, um die Aufnahmebereitschaft beider Häuser durchgängig sicherstellen zu können. Beste Voraussetzungen zur Steuerung von Patientenströmen wurden in der Vergangenheit bereits durch die Etablierung der KV-



Bereitschaftspraxen an beiden Standorten geschaffen. Insgesamt soll ein engmaschiger Austausch über beide Standorte forciert werden und dabei die Nutzung neuer Technologien im Vordergrund stehen.

Neben den häuserübergreifenden Faktoren wurden auch Standortfaktoren für die jeweiligen Häuser festgelegt. Diese sollen zusammen mit den Leistungsträgern konkretisiert und umgesetzt werden.

Der Standort Mainburg soll gestärkt werden, um eine wohnortnahe stationäre Versorgung für die nächsten Jahre sicherzustellen. „Mir ist bewusst, dass wir uns hier durchaus im Gegensatz zu bundes- und landespolitischen Entwicklungen positionieren, welche kleinere Krankenhäuser aus der Versorgung drängen wollen, aber wir haben motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unserer Bevölkerung eine optimale Versorgung bieten können, weshalb wir diesen Weg gehen“, so Landrat Martin Neumeyer. Neu am Standort Mainburg könnte eine Geriatrie etabliert werden, welche es ermöglicht, einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung wohnortnahe Versorgung und die (Wieder-)Herstellung eines selbstbestimmten Alltagslebens zu bieten. Unverändert erhalten bleiben soll die Chirurgie mit den Schwerpunkten Adipositaschirurgie und Unfallchirurgie mit dem Endoprothetikzentrum (EPZ). Hierbei soll erreicht werden, dass ausreichend OP-Kapazität, v.a. in der Vorhaltung von Anästhesiepersonal während der Regeldienstzeiten zur Verfügung steht, so dass die leistungsfähigen Abteilungen optimal arbeiten können. In der Inneren Medizin könnten sich Änderungen ergeben. So sollte der gastroenterologische Schwerpunkt aufgrund der medizinischen Nähe zur Adipositaschirurgie künftig in Mainburg liegen. Damit ließen sich interdisziplinäre Bauchzentrumstrukturen etablieren und würden eine noch höherwertige Versorgung erlauben. Daneben soll auch weiterhin eine kardiologische Funktionsdiagnostik und Expertise in der Kardiologie in den Regelarbeitszeiten vorgehalten werden. Das ist wegen der Notaufnahme und im Sinne aller Fachabteilungen sinnvoll. So können auch weiter Herzultraschalluntersuchungen und Konsile durchgeführt werden. Invasive Diagnostik, z.B. Herzkatheteruntersuchungen, wären im Zielbild dagegen mittelfristig nicht mehr vorgesehen, da diese nach Pfaffenhofen verlagert werden sollten.

Eine durchgängige Notfallversorgung ist für den Standort Mainburg auch weiterhin von zentraler Bedeutung. Aktuell kämpft die Klinik mit höchster Priorität für den Erhalt der sog. Notfallstufe I, die auf-

grund rein formaler Anforderungen in Frage gestellt wurde. Änderungen für die Bürgerinnen und Bürger sind hiermit jedoch derzeit ausdrücklich nicht verbunden. Die Notfallstufe I hat hierbei lediglich finanzielle Auswirkungen für die Ilmtalklinik GmbH, die Versorgung ist weiterhin im gewohnten Umfang gewährleistet.

Auch die ambulante BG-Versorgung stellt einen wichtigen Baustein in der Notfallversorgung der Mainburger Bevölkerung dar und dient auch der Absicherung der Betriebe. Auch diese Leistung kann weiterhin umfassend angeboten werden. Landrat Neumeyer zeigt sich mit der Ausrichtung zufrieden: „Selbstverständlich will man seinen Bürgerinnen und Bürgern immer ein Rundum-Sorglos-Paket anbieten, welches aber in Zeiten der Krankenhausreformen leider nicht mehr vollumfänglich möglich ist. Wir werden jedoch das Angebot so stark und nachhaltig wie irgendwie möglich ausgestalten. Deswegen bin ich sehr froh, dass das Krankenhaus auch weiterhin rund um die Uhr für die Bevölkerung offensteht und auch die Betriebe unseres Landkreises weiterhin von der ambulanten BG-Versorgung profitieren können. Selbst ein Verlust der Notfallstufe I, welcher lediglich finanzielle Auswirkungen auf die Versorgung hätte, könnte damit aufgefangen werden. Die Erweiterung des Angebots um eine Geriatrie wäre mehr als zeitgemäß und der gastroenterologische Schwerpunkt am Standort ließe uns sogar auf die Etablierung eines Bauchzentrums hoffen.“

Für den Standort Pfaffenhofen sieht das Zukunftsprogramm ebenfalls zahlreiche Eckpunkte vor. Bereits jetzt bietet der Standort aufgrund der vorhandenen Fachabteilungen und Strukturen optimale Voraussetzungen, um die Notfallversorgung als wichtigen Wachstumsmarkt der nächsten Jahre zu stärken. Dieser Standortvorteil soll genutzt werden, um einen noch größeren Markt zu etablieren. Die Schärfung der Inneren Medizin mit dem Schwerpunkt Kardiologie soll eine Fokussierung auf invasive Diagnostik (Herzkatheter und Schrittmacher) auf den Standort Pfaffenhofen ermöglichen und unterstützt die explizite Notfallorientierung. Ergänzend hierzu verbleiben gastroenterologische und geriatrische Expertise am Standort, z.B. Endoskopienotfallbereitschaft und geriatrisches Assessment für die optimale Versorgung der älter werdenden Bevölkerung. Ergänzend hierzu sollen gastroenterologisch-endoskopische Interventionen, welche mit hoher Wahrscheinlichkeit intensivmedizinischer Betreuung bedürfen, in Pfaffenhofen durchgeführt werden. Die operativen Fachabteilungen werden in ihrer Leistungs-

fähigkeit weiter gestärkt. Dadurch ergibt sich mit den entsprechenden Schwerpunkten der operativen Abteilungen die Möglichkeit zur Zentrenbildung, z.B. Darmzentrum.

Die Versorgung der stationären BG-Fälle könnte in Pfaffenhofen abgedeckt und für die beiden Standorte gebündelt werden. Geburtshilfe bzw. Gynäkologie sind beides relevante Themen für die umfassende Versorgung der Bevölkerung und werden selbstverständlich auf gewohntem Niveau fortgeführt. Auch die Neurologie stellt weiterhin eine wichtige Säule der Notfall- und Elektivversorgung dar. Dazu Landrat Albert Gürtner: „Es freut mich, dass das Potential unserer beiden Häuser erkannt und auch so bestätigt wurde. Mit den angedachten Anpassungen sind wir für die Zukunft bestens gerüstet und können uns dem Wett-

bewerb stellen. Nunmehr liegt es an den politisch Verantwortlichen und der Geschäftsführung, die Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umzusetzen. Ein entsprechender Zeitplan soll binnen der nächsten Wochen vorgelegt werden.“

Im Gleichlaut betonen beide Landräte: „Die partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit über Landkreisgrenzen hinweg hat es uns ermöglicht, ein zukunftsfähiges Szenario zu finden, welches den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Klinik Planungssicherheit und den Bürgerinnen und Bürgern Versorgungssicherheit bietet. Dafür bedanken wir uns bei allen Beteiligten recht herzlich.“

(LRA Kelheim/LRA Pfaffenhofen a.d.Ilm)



Ilmtalklinik Pfaffenhofen

„Hausarztschmiede“ verbessert ärztliche Versorgung im Landkreis Tirschenreuth

Der Landkreis Tirschenreuth ist bereits seit einigen Jahren „drohend unterversorgt“, was die Anzahl der Hausärzte angeht. Dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren weiter verstärken. Daher wurde bereits vor drei Jahren ein Projekt angestoßen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, die „innovative Hausarztschmiede“. Bisherige Entwicklungen und Ergebnisse wurden jüngst von Landrat Roland Grillmeier, Dr. Peter Deinlein und Projektmanagerin Laura Ott unter die Lupe genommen.

interessant für junge Absolventinnen und Absolventen, man müsse ihnen nur die Möglichkeiten auf dem Land darstellen und sie auf die Vorzüge des Landkreises Tirschenreuths hinweisen, so Grillmeier weiter.

Dr. Deinlein, der seit 2015 im bayerischen Hausärzterverband tätig ist und seit langer Zeit über den Ärztemangel im Landkreis Tirschenreuth besorgt ist, erläuterte die Dringlichkeit des Projekts: „Stand heute ist der Landkreis Tirschenreuth *drohend unterversorgt*.

Dies wird sich in den nächsten Jahren weiter verschlechtern, wenn wir nicht schnell etwas unternehmen. Viele Kolleginnen und Kollegen in unserer Region sind bereits in einem Alter, in dem sie ans Aufhören denken.“ Daher sei er sehr dankbar, dass der Landkreis beim Gesundheitsministerium so energisch auf die Umsetzung dieses Projekts gedrängt habe. In Zusammenarbeit mit Laura Ott, die als Gesundheitsökonomin das Projekt koordinieren und begleiten wird, freut er sich auf die kommenden Aufgaben.



Von links: Landrat Roland Grillmeier stellt zusammen mit Projektmanagerin Laura Ott und Dr. Peter Deinlein die innovative Hausarztschmiede vor.
(Foto: Fabian Polster)

„Im Mittelpunkt steht die Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Grundversorgung“, definierte Grillmeier das Projektziel. „Die nächsten Schritte sind der Aufbau eines Nachwuchs-Netzwerks inklusive einer Homepage. Außerdem sind wir auf der Suche nach Praxen im Landkreis, die als Lehrpraxen vor Ort fungieren und interessierte Studentinnen und Studenten von den Universitäten bei sich betreuen.“ Der Beruf des Allgemeinmediziners sei nach wie vor sehr in-

Alle Beteiligten waren sich einig, dass mit diesem Projekt, das neuerdings mit 50% vom Bayerischen Gesundheitsministerium gefördert wird und auf drei Jahre angelegt ist, ein wichtiger Beitrag zur flächendeckenden Ärzteversorgung im Landkreis Tirschenreuth geleistet wird. Der Landkreis Tirschenreuth beteiligt sich pro Jahr mit ca. 100.000 Euro an diesem Projekt.

(LRA Tirschenreuth)

Weihnachtspost gegen die Einsamkeit im Landkreis Bamberg

Im vergangenen Jahr wurde die Bevölkerung des Landkreises Bamberg in der Adventszeit aufgerufen, für die älteren und pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger Briefe zu schreiben oder Postkarten zu basteln. Ziel der Mitmachaktion war es, der drohenden Einsamkeit von Seniorinnen und Senioren aufgrund des Lockdowns und der damit verbundenen strikten Besuchs- und Kontaktbeschränkungen in Pflegeeinrichtungen entgegenzuwirken.

Diese Mitmachaktion löste große Solidarität in der Bevölkerung aus. Es beteiligten sich zahlreiche Familien, Unternehmen, zahlreiche Organisationen, Vereine und ganze Einrichtungen, wie z.B. Schulen, Kindertageseinrichtungen und Sportvereine mit gemalten Bildern, Briefen, Postkarten, selbstgebasteltem Fensterschmuck und vielem mehr. Selbst Pflegeeinrichtungen nahmen mit ihren Beschäftigten sowie deren Familien an der Aktion teil. Insgesamt konnten dadurch über 10.000

unterschiedliche Weihnachtsgrüße an voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen sowie an ambulante Dienste verteilt werden.

Auch 2021 freuen sich die Seniorinnen und Senioren über Weihnachtsgrüße. Viele Kindertageseinrichtungen haben seit vielen Jahren eine feste Partnerschaft mit den Pflegeeinrichtungen vor Ort. Natürlich schicken aber auch andere Organisationen, Vereine oder Privatpersonen jedes Jahr Weihnachtsgrüße in die Pflegeeinrichtungen. Landrat Johann Kalb erinnerte jüngst an die erfolgreiche Aktion im vergangenen Jahr und bat alle Bürgerinnen und Bürger: „Lasst uns unseren Seniorinnen und Senioren auch in diesem Jahr wieder eine Freude bereiten und ihnen zeigen, dass wir an sie denken. Denn manchmal sind es die kleinen Gesten, die uns unsere Probleme für einen Moment vergessen lassen und uns den Tag versüßen.“

(LRA Bamberg)





Seniorenfürsorge im Landkreis Roth – Überzeugende Resonanz des niederschweligen Angebots

Unkompliziert und zupackend dort zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird, ist das Ziel der Seniorenfürsorge im Landkreis Roth. Vor rund zwei Jahren ging dieses Angebot – initiiert von Landrat Herbert Eckstein – an den Start und wird seitdem sehr gut angenommen. Rd. 200 Anfragen zählte die zuständige Mitarbeiterin Karin Dellermann.

Das niederschwellige Angebot richtet sich an Senior*innen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr alleine zurechtkommen. Dahinter können Krankheit, ein schwerer Schicksalsschlag oder auch das zunehmende Alter stecken. Den Betroffenen fällt es oft schwer, nach Unterstützung zu fragen: Sie wollen niemandem zur Last fallen oder haben Berührungängste.

Verwandte und Nachbarn als „Türöffner“

Es ist eine schleichende Entwicklung. Um helfen zu können, ist die Seniorenfürsorge auf sogenannte „Tür-

öffner“ angewiesen: Verwandte, Nachbarn, Kollegen oder auch Ärzte suchen den Kontakt mit der im Landratsamt dafür zuständigen gelernten Altentherapeutin und schildern die Situation. Das ist der Startschuss für Karin Dellermanns sensible Arbeit als Kümmerin. Sie nimmt Kontakt zu den Senior*innen auf und greift ihnen auf Wunsch pragmatisch unter die Arme. Sollte ihre Hilfe nicht angenommen werden oder nicht gewünscht sein, zieht sie sich wieder zurück. Das Angebot der Fachfrau ist absolut freiwillig und geschieht auf Augenhöhe.

Um die Menschen nachhaltig zu unterstützen, vermittelt die Seniorenfürsorgerin bei Bedarf weitere Hilfsangebote wie „Essen auf Rädern“ oder auch eine Schuldnerberatung. Sie hilft bei der Suche einer geeigneten Senioreneinrichtung oder einem ambulanten Pflegedienst.

(LRA Roth)

„DeinHaus 4.0“ in Bad Kissingen

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der wichtigsten Branchen im Landkreis Bad Kissingen. U.a. ist das Zentrum für Telemedizin (ZTM) GmbH Vorreiter in der Digitalisierung medizinischer Leistungen. Es war also letztlich nur eine Frage der Zeit, bis die Projektreihe ‚DeinHaus 4.0‘ in den Landkreis Bad Kissingen kommt. Im Sommer war es soweit und der Projektstart fiel. Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek übergab einen großzügigen Förderbescheid an Landrat Thomas Bold und Sebastian Dresbach, Geschäftsführer der ZTM Bad Kissingen GmbH.

„DeinHaus 4.0“ in Unterfranken wird in den nächsten vier Jahren mit einer Wanderausstellung über die technischen Assistenzmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben im Alter informieren. Außerdem entsteht in Bad Kissingen ein Informations- und Beratungszen-

trum, in dem die Bürgerinnen und Bürger Technik selber testen und kennenlernen können. Ergänzend wird eine Online-Beratung eingerichtet.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege fördert das Modellprojekt „DeinHaus 4.0“ des Landkreises Bad Kissingen und des Zentrums für Telemedizin (ZTM) GmbH mit mehr als 1,7 Millionen Euro. Die Projektträger selber bringen 500 000 Euro auf. Holetschek betonte anlässlich der Übergabe: „Mein Ziel ist es, dass die Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dafür brauchen wir auch technisch-digitale Unterstützung, die von den Pflegenden und den Pflegebedürftigen akzeptiert wird. Mit unserer Projektreihe ‚DeinHaus 4.0‘ helfen wir dabei, neue Entwicklungen erlebbar zu machen.“

Landrat Bold: „Landkreis ist prädestiniert für dieses Projekt“

Landrat Thomas Bold erklärte: „Es ist kein Geheimnis, dass der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung immer mehr zunimmt – gerade auch bei uns im Landkreis Bad Kissingen. Aber nicht nur deshalb ist unser Landkreis prädestiniert für dieses Projekt: Mit dem Zentrum für Telemedizin haben wir einen erfahrenen und sehr kompetenten Partner an unserer Seite, der seit Jahren technische Assistenzsysteme entwickelt und erprobt. Zudem ist die Gesundheitswirtschaft eine unserer wichtigsten Branchen: Hier bündeln wir Wissen und praktische Erfahrung, die wir in vollem Umfang in das Projekt ‚DeinHaus 4.0‘ einbringen.“



V.l.n.r.: Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek übergibt die Förderbescheide für DeinHaus 4.0 Unterfranken an Landrat Thomas Bold und Sebastian Dresbach (Geschäftsführer Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen GmbH); auch MdL Sandro Kirchner und der Regierungspräsident von Unterfranken Dr. Eugen Ehmann unterstützen das Projekt.

Berührungsängste mit neuer Technik abbauen

Holetschek betonte: „Die Projektreihe ‚DeinHaus 4.0‘ soll dazu beitragen, Berührungsängste und Vorbehalte vor neuen Techniken abzubauen und die Akzeptanz für digitale Assistenzen in der Bevölkerung zu verbessern. Bei all den Vorteilen neuer Technologien steht natürlich weiterhin der Mensch im Mittelpunkt der Pflege, High-Tech soll das Miteinander nicht ersetzen. Sie kann jedoch mehr Freiräume für menschliche Zuwendung schaffen und sie entlastet zudem pflegende Angehörige und Pflegekräfte. Assistenztechnik sorgt für mehr Lebensqualität und ist zugleich ein Beitrag zu der so wichtigen Aufwertung der Pflegeberufe.“

Technische Unterstützung im Alltag

Bei „DeinHaus 4.0“ geht es nicht primär um Fachanwendungen, sondern um die Unterstützung im Alltag, zum Beispiel durch Sensoren, die bei Stürzen einen Notruf absetzen, bei Rauchentwicklung den Herd abschalten oder bei Bewegung in der Dunkelheit Licht anschalten. Sebastian Dresbach erklärte: „Ein selbstbestimmtes Leben, wenn möglich in den eigenen vier Wänden, ist für viele pflegebedürftige und vor allem ältere Menschen ein zentraler Wunsch. Durch die Förderung im Projekt ‚DeinHaus 4.0‘ können wir diesen Wunsch etwas greifbarer machen und die Bürgerinnen und Bürger schon frühzeitig mit dem Thema Wohnassistenzsysteme vertraut machen.“

DeinHaus 4.0: bayerische Modellreihe

Das „DeinHaus 4.0“-Projekt in Bad Kissingen ist das vierte Projekt der bayerischen Modellreihe, mit der intelligente Assistenztechnik im Pflegealltag erforscht und für die Bevölkerung erlebbar präsentiert wird. Das erste „DeinHaus 4.0“-Projekt wird seit 2018 durch die Technische Hochschule Deggendorf (THD) umgesetzt und vom Bayerischen Ministerium für Gesundheit und Pflege mit 4,5 Millionen Euro gefördert. Es folgten Projekte an der Ostbayerischen Hochschule (OTH) Regensburg (mit einer Fördersumme von 2,5 Millionen Euro) und an der Technischen Hochschule (TH) in Rosenheim (Fördersumme 3,7 Millionen Euro).

(LRA Bad Kissingen)



Projektleiterin Cordula Kuhlmann, Landrat Thomas Bold und Sebastian Dresbach (Geschäftsführer Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen GmbH, von links) erläutern Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek Details zum Projekt DeinHaus 4.0 Unterfranken. (Fotos: Landkreis Bad Kissingen/Nathalie Bachmann)

„Kurz mal vorbeigeschaut ...“

Die neue Tablet-Aktion bringt ein Stückchen Heimat in die Altenheime des Landkreises Rhön-Grabfeld

Im Rahmen der Initiative des Bayerischen Sozialministeriums „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!“ hat der Landkreis eine Fördersumme in Höhe von 60.000 € erhalten. Ein kleiner Teil der Gelder wurde für die Anschaffung von Tablets für Alten- und Pflegeheime investiert. Bereits in fünf Einrichtungen im Landkreis sind die Tablets im Einsatz. Durch diese Aktion sollen die Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegeeinrichtungen in unserem Landkreis aktiviert und vor allem unterhalten werden. Denn stark eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten unter strengen Hygienevorschriften mit wenig Kontakt zur Außenwelt sind leider in Zeiten von Covid-19 zum Alltag in den Heimen geworden. Diese Abschottung im Zuge



der Coronakrise kann die psychische Gesundheit der Senioren und Seniorinnen stark belasten. Dabei ist es momentan wichtiger denn je, gesund zu sein! Um einen Überblick über die Umsetzung zu bekommen, waren wir zu Besuch im Seniorenheim St. Niklas in Mellrichstadt. Dort gab Ergotherapeutin Manuela Trost einen Einblick in die Arbeit mit den Tablets und berichtete über ihre Erfahrung im täglichen Einsatz. Das Tablet ist im Seniorenheim St. Niklas bereits zum ständigen Begleiter geworden. „Ich arbeite wahnsinnig gerne mit dem Tablet, sei es beim Morgengebet, für

Entspannungsübungen mit Musik, für Infos zum Welt- und Regionalgeschehen und vor allem um den Seniorinnen und Senioren durch Bilder und Filme ein Stückchen Heimat zurückzugeben. Am meisten Spaß haben die Bewohner allerdings am Sprichwörterquiz, dies darf keinen Tag im Programm fehlen“, so Manuela Trost. Was sich die Bewohner vor allem wünschen und was die Arbeit der Betreuer erleichtert, sind regelmäßige neue Inhalte und regionale Themen auf den Tablets. Daher hat das Amt für Senioren und Menschen mit Behinderung die Mitmach-Aktion „Kurz mal vorbeigeschaut“ ins Leben gerufen. Und Sie, liebe Leserinnen und Leser, können helfen, die Aktion fortzuführen! Das Amt für Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis ruft auf: Egal, wie alt Sie sind. Egal, ob Sie ein Musikinstrument beherrschen oder einen Sitztanz vormachen können. Egal, ob Sie einen guten Witz erzählen können oder ein Märchen vorlesen. Alles, was für die Seniorinnen und Senioren unterhaltsam ist und im besten Fall noch zur Aktivierung anregt, ist erlaubt. Auch wenn Sie Ihren Lieblingsausblick in der Rhön filmen, machen Sie damit den Bewohnern eine riesige Freude. Alles, was Sie für die Aufnahmen brauchen, ist ein Smartphone! Die Videos werden nur in den Heimen mit Tablets gezeigt, die vom Landkreis angeschafft wurden.





Auf dem Foto zu sehen v.l.n.r.: Roland Mai, Leiter Bayern Lab Bad Neustadt, Manuela Trost, Ergotherapeutin St. Niklas, Veronika Enders, Amt für Senioren und Menschen mit Behinderung, im Monitor stellvertretende Landrätin Eva Böhm und Gabi Gröschel, Seniorenbeauftragte des Landkreises Rhön-Grabfeld

Um Ihre Videos zu übertragen, scannen Sie bitte den abgebildeten QR-Code ab. Bei Rückfragen können Sie sich gerne an Veronika Enders vom Amt für Senioren und Menschen mit Behinderung unter Telefon 09771 94-433 wenden. Schon im Voraus vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Anwendungsbeispiele des Tablets im St. Niklas Seniorenheim

1. Tagesstruktur: z.B. Gebete, Lieder, Infos zum Weltgeschehen
2. Anregung zum längeren Verweilen am Tisch: bei motorischer Unruhe oder um die Nahrungsaufnahme schmackhaft zu machen
3. Nutzung in Einzel- und Kleingruppen: Ortsuche, Mundart, Gedichte, Lieder über die Heimat
4. Als Übersetzungstool: für Senioren mit Migrationshintergrund
5. Freizeitgestaltung: Entspannung mit Musik, Sitztanz, Kreuzwörterrätsel, Sprichwörterquiz, Singen und Musizieren, Filme anschauen
6. Videotelefonie: zur Kontakterhaltung mit Verwandten

(LRA Rhön-Grabfeld)

Entwicklungsnetzwerk „LEBEN und WOHNEN auf dem Land – gemeinsam NEU gedacht“ – Lebendige und attraktive Kommunen in den Landkreisen Dillingen a.d.Donau und Günzburg

Das Entwicklungsnetzwerk „LEBEN und WOHNEN auf dem Land – gemeinsam NEU gedacht“ versucht Antworten auf veränderte Wohnsituationen und -bedürfnisse aller Generationen zu finden, um ländliche Kommunen attraktiv und lebendig zu gestalten. 16 Netzwerkkommunen aus den Landkreisen Dillingen a.d.Donau und Günzburg haben sich für diesen gemeinsamen Weg entschieden. Am 30. September fand die Auftaktveranstaltung mit den Landräten Leo Schrell (Dillingen a.d.Donau) und Landrat Dr. Hans Reichhart (Günzburg) im Landratsamt in Dillingen statt.

Dachorganisation ist der 2002 gegründete Verein Donautal-Aktiv e.V. Dieser arbeitet gemeinsam mit einer Vielzahl an regionalen Akteuren daran, das Schwäbische Donautal zu einem starken Wirtschafts- und Lebensraum zu machen. Das Einsatzgebiet erstreckt sich über die Landkreise entlang der Donau in Bayerisch-Schwaben und dem angrenzenden Baden-Württemberg. 1. Vorsitzender ist der Dillinger Landrat Leo

Schrell, 2. Vorsitzender der Günzburger Landrat Dr. Hans Reichhart. Nach dem Motto „Was allein nicht oder nur schwer umsetzbar ist, kann nur gemeinsam mit vereinten Kräften gelingen“ versucht Donautal-Aktiv e.V. mit Unterstützung des EU-Förderprogramms LEADER und der Schule für Dorf- und Landentwicklung das Entwicklungsnetzwerk in den nächsten beiden Jahren zu begleiten und den Prozess in der Region voranzubringen.

„LEBEN und WOHNEN auf dem Land – gemeinsam NEU gedacht“ sieht sowohl Qualifizierungsmaßnahmen für die Netzwerkmitglieder, Bürgerinformation und Öffentlichkeitsarbeit als auch den Aufbau von technischen Instrumenten zum Flächenmanagement einer Kommune vor. Teil des Projekts ist außerdem die Ausbildung von Entwicklungslotsen. Diese sollen die Entwicklungsstrategien der Gemeinden aktiv in der Bürgerschaft vertreten und für Eigentümer als erster Ansprechpartner im Bereich Wohnraumentwicklung dienen.



LEADER-Bescheidübergabe bei der Auftaktveranstaltung am 30.09.2021 im Landratsamt in Dillingen: V.l.: Lothar Kempfle (Geschäftsführer Donautal-Aktiv e.V.); Landrat Dr. Hans Reichhart; Erich Herreiner (LEADER-Koordinator); Landrat Leo Schrell; Gerlinde Augustin (Geschäftsführerin Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten)
(Foto: Donautal-Aktiv e.V.)

PROJEKTZIELE:

- Problemlagen in ländlichen Kommunen gemeinschaftlich zu begegnen und Handlungsstrategien zu entwickeln (Abwanderung von jungen Menschen und Überalterung der Dorfgesellschaft; Leerstände und fehlende Nachnutzung, insbesondere in der Ortsmitte; Auslastung und der Erhalt der Infrastrukturangebote)
- Selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen
- Jugendliche durch geeigneten Wohnraum im Ort zu halten
- Kommunen beim Entwurf einer Entwicklungsstrategie zu unterstützen und bei der Umsetzung begleiten
- Gegen den Donut-Effekt arbeiten, um Aushöhlung im Ortskern zu vermeiden

(LRA Dillingen a.d.Donau)

Fürstentum Fürstentum Fürstentum Landrat unterstützt die Gründung eines neuen Kompetenzzentrums Digitale Schule

Die Corona-Pandemie und das damit verbundene Home-Schooling haben in den vergangenen Monaten noch einmal verdeutlicht, wie wichtig es ist, die Digitalisierung aller Schulen schnell, nachhaltig und vor allem flächendeckend voranzutreiben. Allein die Ausstattung und der Betrieb mit IT-Technik ist eine Herausforderung. Welche Ausstattung ist für welche Schule sinnvoll? Wie können die staatlichen Förderprogramme am besten genutzt werden? Welche Hardware und Software hat sich in der Praxis bewährt? Welche datenschutzrechtlichen Vorgaben gilt es einzuhalten? Wie können Lehrerinnen und Lehrer schnellstmöglich gut und umfassend unterstützt und geschult werden?

Um diese Fragen zu beantworten braucht es Expertise. Deshalb wurde im Landkreis Fürstentum Fürstentum Fürstentum auf Initiative der Vorstandschaft des Kreisverbands Fürstentum Fürstentum Fürstentum vorgeschlagen, dass die Städte und Gemeinden im Landkreis als Sachaufwandsträger für die Grund- und Mittelschulen eng zusammenarbeiten. Um eine im Landkreis flächendeckende Beratungskompetenz zu realisieren, wurde im September die Gründung einer eigenen Organisation für diese Ziele geprüft.

Alle in den letzten Monaten gesammelten Erfahrungen – auch von Elterninitiativen – sollen dort einfließen, um die Beratung auf professionelle Füße zu stellen. Ziel ist es, eine gleichwertige Qualität von Ausstattung und digitaler Kompetenz an allen Schulen zu erreichen. Landrat Thomas Karmasin unterstützt das Vorhaben und ist überzeugt, dass bei diesem Thema alle kommunalen Vertreter der Städte und Gemeinden an einem Strang ziehen werden: „Die Schulen, für die der Landkreis Fürstentum Fürstentum Fürstentum Sachaufwandsträger ist, profitieren bereits seit Jahren dank gebündelter IT-Ansprechpartner von den Synergien im Bereich Ausschreibungen, IT-Ausstattung und IT-Betrieb. Ich unterstütze die Gründung einer Organisation, die eine solche Bündelung auch für die Schulen, für die die Städte und Gemeinden Sachaufwandsträger sind, erreicht.“

Bürgermeister Seidl betonte als Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Fürstentum Fürstentum Fürstentum: „Wir dürfen nicht vergessen: Es geht hier um die Zukunft unserer Kinder. Sie wachsen in einer von Medien und IT geprägten Gesellschaft auf. Je früher sie professionell an diese Themen herangeführt werden, desto besser sind sie für die Zukunft gewappnet.“ Auch die Landkreis-Schulen würden von dem neuen Kompetenzzentrum profitieren. So ermögliche eine engere Verzahnung zwischen IT und Medien-Pädagogik eine optimierte zielgerichtete Ausstattung und einen effizienteren IT-Betrieb. Zusätzlich böte ein zentrales Kompetenzzentrum effiziente Vernetzungsmöglichkeiten, um Erfahrungen schnell zu multiplizieren und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Seitdem erarbeitet eine Task Force, bestehend aus Vertretern aus dem Schul-, dem kommunalen Bereich und Fachleuten, wie dem festgestellten Bedarf am besten entsprochen werden kann. Dann gilt es, die kommunalen Gremien vor Ort von diesem Vorhaben zu überzeugen. Nur dann kann das Projekt in dieser Form auf den Weg gebracht werden.

(LRA Fürstentum Fürstentum Fürstentum)

Dahoam im Landkreis Kelheim: voll durchstarten mit Karrieredahoam, der regionalen Plattform für jedes Karrierelevel

Unter dem Motto „Dahoam voll durchstarten“ ist die Internet-Plattform Karrieredahoam im Landkreis Kelheim Anfang Dezember offiziell in Betrieb gegangen. Landrat Martin Neumeyer, Regionalmanagerin Christina Bauer und der Entwickler der Homepage, Thomas Wallner, von der Onlinemarketingagentur „Wallner Marketing“ haben die neue Homepage am 02.12.21 vorgestellt. Auf Karrieredahoam sehen Interessierte, wie vielfältig die Karrieremöglichkeiten im heimischen Landkreis Kelheim sind.

Von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Berufseinsteigenden und Wiedereinsteigenden bis hin zu Unternehmensgründenden: Auf karrieredahoam.de gibt es Informationen und Anlaufstellen für jedes Karrierelevel.

„In den Weiten des Internets ist es für Berufssuchende nicht immer einfach, passende Angebote und Informationen zum Thema Karriere zu finden. Auf der anderen Seite stehen Unternehmen, die händeringend nach Fachkräften suchen, diese aber nicht finden, weil ihnen die passenden Mittel fehlen. Wir sehen die Chance, beide Seiten mit unserer Plattform zu unterstützen – sie sozusagen füreinander heimatnah sichtbar zu machen“, so Regionalmanagerin Christina Bauer.

Arbeitgeber können sich kostenlos mit Hilfe von eigenen Profilen präsentieren, die über Einstiegs-, Aufstiegs- und Jobmöglichkeiten sowie Benefits für Angestellte informieren. Eine Suchfunktion ermöglicht interessierten Bürgerinnen und Bürgern, ganz gezielt nach Betrieben der Region sowie deren Angeboten zu suchen.



Landrat Martin Neumeyer, Christina Bauer und Thomas Wallner freuen sich, dass die regionale Karriereplattform offiziell online ist.
(Foto: Lukas Sendtner, LRA Kelheim)

„Mit dieser Plattform präsentiert sich ein dynamischer Wirtschafts- und Lebensstandort, unser Landkreis Kelheim. Ich erhoffe mir positive Auswirkungen für unsere vielfältigen Unternehmen und die Bürger, die bei uns leben – oder vielleicht sogar durch Karrieredahoam bei uns ansässig werden“, so Landrat Martin Neumeyer.

Die Homepage ist unter www.karrieredahoam.de zu erreichen. Bei der Plattform handelt es sich um ein Projekt, das vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie gefördert und unterstützt wurde.

(LRA Kelheim)

- Tipps, Tricks und Informationen rund um die Karriere im Landkreis Kelheim
- Kontakte zu Anlauf- und Beratungsstellen
- Veranstaltungstipps für die Karriere Dahoam

Eine der größten Glasfaser-Ausbaumaßnahmen Deutschlands nimmt im Landkreis Cham weiter Fahrt auf

Im Rahmen eines Festaktes Mitte Oktober nahm Landrat Franz Löffler zusammen mit Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, MdL, den ersten fertiggestellten Netzabschnitt sowie den ersten von 19 Hauptverteilern des landkreiseigenen Glasfasernetzes in Betrieb. „Durch die Inbetriebnahme können rund tausend Haushalte mit Gigabitbandbreiten und ausfallsicheren Telefonverbindungen versorgt werden. Das volle Engagement des Landkreises Cham in den Glasfaserausbau macht sich nun bezahlt. Ein Jahr nach dem Start der Tiefbauarbeiten können die ersten Bürgerinnen und Bürger diese zukunftsgerichtete Infra-

struktur nutzen. Mein ausdrücklicher Dank gilt dabei dem Bund und dem Freistaat Bayern, die mit einer Förderung von rund 90 Prozent dieses gewaltige Infrastrukturprojekt erst ermöglichen“, freute sich Landrat Franz Löffler.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker lobt das Engagement des Landkreises Cham: „Der Gigabit-Ausbau im größten Landkreis der Oberpfalz läuft auf Hochtouren! Dem Ziel eines flächendeckenden Gigabitausbaus kommt der Landkreis Cham heute einen wichtigen Schritt näher. Der Freistaat unterstützt beim



*Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Landrat Franz Löffler drücken gemeinsam mit dem Geschäftsführer der atene KOM GmbH Tim Brauckmüller und dem Direktor Glasfaser Vermarktung und Rollout bei Vodafone Deutschland Jürgen Raith (von rechts) den Startknopf für die kommunale Datenautobahn im Landkreis Cham.
(Foto: Marc-Daniel Habler)*



Ausbau des Glasfasernetzes mit 63 Millionen Euro. Das ist der höchste Förderbescheid seit Beginn der bayerischen Breitbandförderung. Künftig werden damit über 17.000 Gebäude in 37 Gemeinden mit direktem Glasfaseranschluss an das Gigabitnetz angeschlossen. Das Projekt unter Federführung des Landkreises ist ein Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Gemeinsam können wir viel bewegen und ganz Bayern mit Glasfaser erschließen!“

Tim Brauckmüller, Geschäftsführer atene KOM GmbH als Projektträger des Bundes: „Das erklärte Ziel der Bundesförderung Breitband ist der flächendeckende Ausbau eines zukunfts- und hochleistungsfähigen Gigabitnetzes. Der Gigabitausbau ist wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen.“

Jürgen Raith, Direktor Glasfaser Vermarktung und Rollout bei Vodafone Deutschland, begrüßte die ersten acht Nutzerinnen und Nutzer mit einem Blumenstrauß. „Der Landkreis Cham hat eine großartige Arbeit geleistet, die Bürger von einem Glasfaseranschluss zu begeistern. Ergänzend dazu hat unsere erfolgreiche Vorvermarktung gezeigt, dass der Bedarf, das Netz auch aktiv zu nutzen, sehr groß ist. Im ersten Ausbaucorridor haben sich mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger auch gleich für einen Glasfaser-Vertrag mit Vodafone entschieden, welche nun Zug um Zug ans Glasfasernetz aufgeschaltet werden“, so Raith.

Der Datenstrom aus den Gebäuden fließt über den Hauptverteiler – Point of Presence – ins Internet. Die

technische Einrichtung in Falkenstein ist das Herzstück des Glasfasernetzes in diesem Baucorridor. In dem von außen unscheinbaren Gebäude befinden sich unter anderem die Laser für die Lichtübertragung. Diese sensible Technik muss ausreichend gekühlt werden. Deutschlandweit einmalig wird daher ein großer Teil des Strombedarfs über eine integrierte Photovoltaikanlage gedeckt. „Innovative Lösungen zeichnen den Landkreis Cham aus. Diese Anregung aus dem Werkausschuss haben wir natürlich gerne umgesetzt“, erklärt Landrat Löffler.

Neben dem Gebäude des Hauptverteilers wurde auch eine neue Ladesäule für Elektrofahrzeuge der „Mer Germany GmbH“ unmittelbar im Kern des Marktes Falkenstein errichtet. „In Falkenstein fließt nun nicht nur der giga-schnelle Datenstrom, sondern auch Elektrofahrzeuge finden eine neue Stromquelle“, freut sich Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzende Heike Fries bei der Einweihung der neuen Ladesäule.

Der Glasfaserausbau des Landkreises bringt weitere Investitionen in die digitale Infrastruktur mit sich. Neben den durch Vodafone hochgerüsteten Kabelnetzen der Städte Cham, Bad Kötzting und Waldmünchen plant der Telekommunikationsanbieter auch die Stadtkerne von Roding und Furth im Wald, eigenwirtschaftlich mit Glasfaser zu erschließen. Dies ist möglich, da der Landkreis die erforderlichen Anbindungen – Backbone Netz – schafft. Zusätzlich wird Vodafone bis Ende 2024 mindestens 15 weitere Mobilfunkmasten im Landkreis errichten. *(LRA Cham)*

Das Projekt ist eine der größten Glasfaser-Ausbaumaßnahmen Deutschlands. Es werden über 1.900 km Leitungstrasse gegraben und über 17.000 unterversorgte Adressen mit weniger als 30 Mbit/s (sogenannte weiße Flecken) erschlossen. Das Investitionsvolumen beträgt rund 180 Millionen Euro. Das Glasfasernetz wird durch die Bundesförderung Breitband zusammen mit der höchsten Förderung in der Geschichte der bayerischen Breitbandförderung ermöglicht. Der Eigenanteil von rund 10 Prozent wird durch die 37 (von 39) am Ausbau beteiligten Gemeinden und den Landkreis Cham finanziert. Zur Durchführung wurde 2019 der Eigenbetrieb Digitale Infrastruktur Landkreis Cham gegründet. Gepachtet wird das Landkreis-Glasfasernetz von

Vodafone. Im Oktober 2020 wurden die Bauarbeiten im südwestlichen Landkreis begonnen. Mittlerweile sind rund 320 Kilometer Leitungstrasse gebaut, rund 500 Kilometer Glasfaserkabel eingeblasen und rund 2.000 Hausanschlüsse errichtet. Die ersten Nutzerinnen und Nutzer können ab Oktober 2021 mit Gigabitgeschwindigkeit surfen. Eine Besonderheit des Projektes ist, dass der Hausanschluss immer kostenlos ist. Also unabhängig davon, ob ein Telefon- oder Internetvertrag abgeschlossen wird. Über 90 Prozent aller angeschriebenen Haushalte haben sich für einen Glasfaser-Hausanschluss entschieden. Ziel des Landkreises ist es, allen Gebäuden im Landkreis einen Glasfaseranschluss zu ermöglichen.

Landkreis und Stadt Bayreuth machen ab 2022 gemeinsame Sache bei der Gesundheitsregion^{plus}

Stadt und Landkreis Bayreuth machen bei der Gesundheitsregion^{plus} ab 2022 gemeinsame Sache. Sowohl der Stadtrat als auch der Kreistag haben eine Zusammenarbeit in diesem Bereich befürwortet. Die Themen Gesundheitsversorgung, Prävention und Pflege sollen gemeinsam angegangen werden. Der Zuwendungsbescheid seitens des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Pflege liegt vor.

Ein wichtiges Handlungsfeld sehen die Verantwortlichen vor allem in der Digitalisierung des Gesundheitssektors, um Verbesserungen in der allgemeinen medizinischen Versorgung und im Pflegebereich zu schaffen. Hier wollen die Beteiligten unter anderem stärker den Dialog zur Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) suchen. Im Bereich Prävention sollen Schwerpunktthemen gemeinsam mit den Partnern der Gesundheitsregion erarbeitet werden. Maßnahmen zu den Themenfeldern gesunde Ernährung, verantwortungsvoller Alkoholkonsum und Demenz stehen hier bereits fest.

Zum 1. Januar 2022 wird die Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus} in Vollzeit für die nächsten fünf Jahre besetzt und im Gesundheitsamt mit Sitz im Landratsamt Bayreuth angesiedelt. Das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege hat für diesen Zeitraum eine Förderung in Höhe von 250.000 Euro zugesagt, außerdem bringen Stadt und Landkreis Bayreuth Eigenmittel in Höhe von knapp 90.000 Euro ein.

Landrat Florian Wiedemann wertet es als wichtiges Signal, dass die Gesundheitsregion^{plus} in die nächste Förderphase geht: „Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist es wichtiger denn je, die Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegesektor anzupacken. Wir haben gute Erfahrungen mit der Gesundheitsregion^{plus} gemacht – so zum Beispiel haben wir den Landkreis Bayreuth stark ins Telemedizin-Netzwerk eingebunden. Dass wir die Projekte in der Gesundheitsregion^{plus} nun gemeinsam mit der Stadt Bayreuth machen, freut mich umso mehr. Gesundheit ist unser allerhöchstes Gut – da dürfen wir ohnehin nicht in Grenzen denken.“



Landrat Florian Wiedemann (links) und Oberbürgermeister Thomas Ebersberger machen die Gesundheitsregion^{plus} zum Gemeinschaftsprojekt.

Oberbürgermeister Thomas Ebersberger fügt an: „Mit der Zusammenarbeit haben wir die Möglichkeit, eine koordinierte Vorgehensweise mit unseren wichtigen Partnern im Gesundheitswesen voranzutreiben. Durch die Verknüpfung mit den Fachabteilungen aus Stadt und Landkreis Bayreuth wird es möglich sein, geplante Vorhaben gemeinsam umzusetzen. Ich blicke einer vertrauensvollen Zusammenarbeit entgegen.“

(LRA Bayreuth)

Gesundheit, Bildung und Soziales: Onlineportal WasWieWo im Landkreis Erlangen-Höchstadt gestartet

Wer auf der Suche nach einer Beratungsstelle in Gesundheitsfragen oder verlässlichen Anlaufstelle in verschiedenen sozialen Lebenslagen ist, nutzt häufig kommerzielle Portale oder Suchmaschinen im Internet. Um bei der Vielzahl an Angeboten und Dienstleistungen den Überblick zu behalten, ermöglicht seit Mitte Oktober das werbefreie und kostenlose Infoportal WasWieWo.de im Landkreis Erlangen-Höchstadt erstmalig die gezielte Suche auf einer Plattform. Diese gibt einen Überblick und navigiert durch die zahlreichen Angebote und Dienstleistungen. Oberbürgermeister Florian Janik bei der Vorstellung: „Mit WasWieWo.de haben wir ein großartiges und in seiner Form einmaliges Onlineportal speziell für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region. Die Menschen erhalten gebündelte Informationen zu Gesundheit, Bildung und So-

Strukturiert, übersichtlich und barrierefrei informieren

Das Portal umfasst bereits über 2.100 geprüfte und regionale Einträge rund um Gesundheit, Bildung und Soziales für Jung und Alt – qualitätsgesichert und barrierefrei. Die Sicherstellung der Qualität erfolgt durch eine interdisziplinäre Steuerungsgruppe aus Stadt und Land. Über die Suchfunktion lassen sich die Einträge samt Kontaktdaten und Wegbeschreibung bequem nach Kategorien und gewünschtem Umkreis filtern. Wer will, kann die Suchergebnisse in eine Merkliste legen. Zusätzliche Themenseiten bieten zudem Tipps zur Selbsthilfe in bestimmten Lebenslagen, unter anderem in den Bereichen Essstörungen, Suchthilfe und Suchtprävention. Sie informieren auch über wichtige

Anlaufstellen wie die Hebammenzentrale, das Familien-ABC, das Demenzzentrum und die Bildungsportale der Stadt Erlangen und des Landratsamtes Erlangen-Höchstadt. Alle Anbieterinnen und Anbieter aus Unternehmen, Vereinen und Institutionen sind auf einer digitalen Karte dargestellt. Die Internetseite ist dank einer Übersetzungsfunktion in 15 Fremdsprachen nutzbar.



ziales – und das qualitätsgesichert.“ Landrat Alexander Tritthart ergänzt: „Stadt und Landkreis verfügen über ein vielfältiges Angebot an sozialen und gesundheitlichen Leistungen. Diese regionale Stärke nutzt das Portal, um unsere Gesundheitsversorgung und Prävention auszubauen und Akteure zu vernetzen. Damit setzen wir zukunftsweisende Impulse für unsere gemeinsame Gesundheitsregion.“

Das Portal WasWieWo.de betreiben die Stadt Erlangen und das Landratsamt Erlangen-Höchstadt unter dem Dach der Gesundheitsregion^{plus} ERH & ER. Alle Informationen sind unter <https://www.waswiewo.de/> zu finden.

(LRA Erlangen-Höchstadt)

Neues Buskonzept durch Kreisgrenzen übergreifende Kooperation

Start Kooperation von vier Landkreisen – Schnellbusverbindung vom Untermain bis ins Rhein-Main-Gebiet – Im Stundentakt zur S-Bahn

Anfang Dezember haben die Kooperationspartner Rhein-Main-Verkehrsverbund, kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Landkreis Miltenberg und Landkreis Aschaffenburg sowie DADINA das neue Buskonzept für die Region Babenhausen und Bachgau vorgestellt. Bürgermeister aus den beteiligten Städten und Gemeinden waren ebenfalls anwesend. Vier Bahnlinien werden mit einer Schnellbuslinie verbunden. Besonders hervorzuheben ist eine neue Linie, durch die erstmalig eine schnelle Verbindung zwischen dem bayerischen Untermain und dem Rhein-Main-Gebiet geschaffen wird. Dabei werden auf einem möglichst direkten Linienweg vier Bahnlinien miteinander verbunden.

Landrat Jens Marco Scherf, Landkreis Miltenberg, hierzu: „Die Realisierung der direkten und umsteigefreien Anbindung an die S-Bahn nach Frankfurt aus dem Landkreis Miltenberg ist ein wichtiges Anliegen des Kreistags und ein weiterer Schritt zur Verbesserung des ÖPNV. Die Mobilität Richtung Frankfurt ist für die Menschen am Bayerischen Untermain und damit dem bayerischen Herzen der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main von großer Bedeutung. Deshalb ist die gute länderübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Landkreise sehr wichtig für unsere Bürgerinnen und Bürger.“

Der stellv. DADINA-Vorstandsvorsitzende, Erster Kreisbeigeordneter Lutz Köhler, zeigt sich erfreut, dass ein mittelständisches Unternehmen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg den Zuschlag erhalten hat und meint: „Busunternehmen und Busfahrer kennen die Region, was den Neustart sicherlich erleichtert.“ Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sieht er gute Perspektiven durch die länderübergreifende neue Bachgaulinie. „Auch für die Stadt Babenhausen wird es eine deutlich verbesserte Bedienung unter Einbeziehung des Konversionsgeländes an der Kaserne geben. Das neue Buskonzept ist eine Stärkung für den ÖPNV und verbindet den ländlichen Raum!“, führt er weiter aus.

Andreas Maatz, Geschäftsführer der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF): „Wir sind froh, dass den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Offenbach die direkte Verbindung nach Babenhausen erhalten bleibt. Ja mehr noch: Es gibt für uns nun eine weitere Durchbindung über Babenhausen hinaus nach Schaaheim und weiter an den bayerischen Untermain.“

RMV-Geschäftsführer Prof. Knut Ringat: „Die Mobilität der Menschen macht nicht an Verbundgrenzen halt. Daher gibt es im RMV bereits seit Ende der Neunziger einen Übergangstarif zur Verkehrsgemeinschaft am Bayerischen Untermain, der seit 2020 auch als RMV-HandyTicket kaufbar ist. Das neue Buskonzept in der Region Babenhausen und Bachgau bietet in Babenhausen Anschluss an die Odenwaldbahn sowie an die RMV-Linie 75 und in Rodgau-Dudenhofen an die S1. So wachsen das Rhein-Main-Gebiet und der bayerische Untermain immer weiter zusammen.“

Bürgermeister Dominik Stadler, Babenhausen, blickt erwartungsvoll auf den bevorstehenden Fahrplanwechsel und meint: „Das neue Buskonzept ist ein deutlicher Schritt in Richtung Mobilitätswende, da es nicht nur bestehende Linien im Stadtgebiet optimiert, sondern auch neue überregionale Verbindungen schafft und somit auf die bestehenden Pendelbeziehungen reagiert. Außerdem freuen wir uns sehr, mit dem Busunternehmen Jungermann einen regionalen und zukunftsorientierten Betreiber begrüßen zu dürfen.“

(LRA Miltenberg)

Der Sozialatlas – neue digitale Übersicht sozialer Dienstleistungen in der Region Bayerischer Bodensee-Oberschwaben-Allgäu

Der Sozialatlas für die Region Bayerischer Bodensee-Oberschwaben-Allgäu ist ein neues, intuitiv nutzbares digitales Angebot, das eine Übersicht über bestehende soziale Hilfe- und Beratungsangebote in den Landkreisen Ravensburg und Lindau (Bodensee) bietet. Entstanden ist der Sozialatlas, der auch von Anbietern auf der eigenen Webseite eingebunden werden kann, aus einem grenzüberschreitenden Förderprojekt.

Sowohl Fach- als auch Privatpersonen können mit dem neuen Sozialatlas online schnell und einfach über verschiedene Suchfunktionen nach passenden Angeboten suchen – z.B. Angebote der Jugendhilfe, Beratungsangebote für Familien oder Alltagshilfen. Eine Vielzahl von Suchbegriffen, die über die verschiedenen Filter ausgewählt werden können, erleichtert das Auffinden der geeigneten Leistung. Zudem ist erstmals auch die Angebotssuche gezielt nach dem eigenen Wohnort möglich. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Ergebnisse nicht nur wohnortnah in einer Liste aufgeführt, sondern auch in einer Karte dargestellt werden können. Möglich ist es außerdem, die Suchergebnisse zu drucken, mit anderen Personen zu teilen oder für einen späteren Zeitpunkt zu speichern.

Der Sozialatlas entstand im Rahmen des Interreg V-Projektes „Kinder im seelischen Gleichgewicht“. Projektbeteiligte waren die Landkreise Ravensburg, Lindau (Bodensee) und der Bodenseekreis gemeinsam mit dem Kanton Thurgau und dem Ostschweizer Forum für Psychische Gesundheit. Ein wesentliches Ziel des Interreg V-Projekts war es, psychischen Erkrankungen bei Kindern vorzubeugen bzw. diese zu reduzieren und hierfür nachhaltige Bedingungen für ein seelisch gesundes Aufwachsen von Kindern zu schaffen.

Zukünftig soll der Sozialatlas über die bereits gepflegten Angebote in den Bereichen Familie und der Kinder- und Jugendhilfe hinaus erweitert werden. Ziel ist es, dass auch in weiteren Lebenslagen wohnortnahe Angebote leicht über die Datenbank gefunden werden können. Für die Anbieter von sozialen Dienstleistungen ist der Eintrag im Sozialatlas kostenfrei. Da es sich nicht um eine eigenständige Webseite handelt, kann die Suchfunktion auch in bestehende Onlineauftritte von Trägern integriert werden.

(LRA Lindau (Bodensee))



(Foto: Christian Flemming)



Am 4. Dezember 2021 feierte Landrat **Sebastian Gruber** seinen 40. Geburtstag. Bevor der gebürtige Freyunger 2014 erstmals zum Landrat gewählt wurde, war er vier Jahre als Hauptschullehrer und anschließend als Regionalmanager am Landratsamt Freyung-Grafenau tätig. Seit 2020 ist er Vorsitzender des Bezirksverbands Niederbayern beim Bayerischen Landkreistag und außerdem Mitglied des Präsidiums. Neben seinen vielen fachlichen Fähigkeiten hält er die Kolleginnen und Kollegen zusammen. Was gibt es Wichtigeres bei einem Verband mit 71 Individualisten, die zuallererst immer ihren Landkreisen verpflichtet sind.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de